

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Austr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln: der Post-Bestellungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 692

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 50 Pf., für Breiten- und Vertikalanzeigen 75 Pf. Anzeigen zu 10 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Leitung: Amt 1, Nr. 1508, Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 12. April 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Am Spiegel des Auslands.

Der schottische Dichter Burns hat in einem seiner Lieder gesagt:

„Wenn doch die Gabe uns würde beschert, Uns so zu sehn, wie Andere uns sehen.“

Und in der That nichts ist lehrreicher als das Urtheil Anderer über uns. Was von dem Einzelnen gilt, das gilt natürlich auch von Gruppen und Völkern.

Zu dieser Bemerkung veranlaßte uns ein Artikel, betitelt „Ein Konsularbericht“, den wir im „Philadelphia-Tageblatt“ vom 30. März d. J. finden. Der Artikel ist so interessant, daß wir ihn vollständig wiedergeben. Er lautet:

In den Berichten, die die auswärtigen Konsulate der Regierung einreichen, finden sich oftmals recht interessante Mittheilungen über die Lage der Arbeiter des betreffenden Konsularbezirks.

So berichtet der amerikanische Konsul J. C. Monaghan in Chemnitz über die Lage der sächsischen Bergleute das Folgende:

„Der Durchschnittslohn pro Person und Jahr betrug in den Braunkohlen-Distrikten Sachsens im Jahre 1892 147,80 Dollars. In der Nähe von Chemnitz war der Jahreslohn 171,44 Dollars und bei Dresden 135,18 Dollars. Diese Berechnung basiert auf den Löhnen, die den Männern, Frauen und Kindern gezahlt werden, die in den Minen beschäftigt sind. Die Löhne von Erwachsenen in den Steinlohlen-Bergwerken sind jährlich im Durchschnitt die folgenden: Chemnitz 203,49 Dollars, Dresden 261 Dollars und Zwickau 280,50 Dollars.“

Zu diesen Ziffern, die unserer persönlichen Kenntniss nach wesentlich zu hoch angegeben sind, bemerkt der amerikanische Konsul folgendes: „Wie ist es möglich, daß Menschen von solchen Löhnen leben können? das ist die Frage, die sich natürlicherweise aufdrängt. Die Miethe ist in den Bergen nicht nur billig, sondern thalächlich nichts. Die Häuser sind, das ist richtig, roh und einfach, aber ihre Bewohner leben selten oder niemals unglücklich. Ihr Brot ist reich an Roggen, und besser gebacken als bei uns. Kartoffeln sind viel billiger als in Amerika. Kleidung aller Art und Schuhe und Stiefeln kosten weniger als die Hälfte, oftmals nur ein Viertel dessen, was sie bei uns kosten. Sie sind derber und schwerer, aber zweifellos besser geeignet für die Feld- und Winenarbeit.“

Es scheint unglücklich, daß die Gegenstände so billig verkauft werden können, wie man sie hier verkaufen sieht. Es ist eine irrthümliche Anschauung, daß die erwähnten Löhne Hungerlöhne genannt werden können. Es ist wahr, daß die Landbevölkerung sehr wenig Fleisch isst, aber die genaue Kenntniss des häuslichen Lebens der Deutschen offenbart uns die Thatfache, daß viele der Leute Vegetarianer sind, durchaus nicht darum, weil sie müssen, sondern weil sie Anhänger dieser Lehre sind. Jeder Doktor, den ich in den Gewerkschaften

über Naturheilverfahren sprechen hörte, mißbilligte den zu großen Fleischgenuss.“

Soweit der Chemnitzer Konsul der Vereinigten Staaten, dessen Schilderung über den Fleischgenuss der sächsischen Bergleute in deren Reihen nicht geringe Heiterkeit hervorzurufen wird. Daß die Bergleute und Weber Sachsens nicht häufig Fleisch auf ihrem Tisch sehen, ist sicherlich richtig; gefälcht und gelogen aber ist, daß sie das aus freier Wahl thun. Wenn sie kein Fleisch genießen, so thun sie es deshalb, weil sie keine kaufen können, und weil zwei Menschenalter Glucks sie schon so an die Kartoffelnahrung gewöhnt hat, daß sie keine kräftigere Nahrung verdauen können. Es ist die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ der sächsischen Arbeiter, die dort die niedrigen Löhne erträglich, und einen soch himmelschreienden Zustand wagt jener Konsul als ein Paradies zu schildern, in das er gerne auch die amerikanischen Arbeiter hinein führen möchte.

Jener Konsularbericht gehört auch in die Serie von Bestrebungen, die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter hinabzudrücken.

Dies der Artikel.

Auser amerikanisches Bruderorgan hat recht: die Löhne der sächsischen Bergarbeiter sind viel zu hoch angegeben — gut um ein Viertel bis ein Drittel zu hoch. Bergarbeiter, die 230 und 260 Dollars, das heißt 920 und 1040 M. das Jahr verdienen, wird man in ganz Sachsen mit der Lupe nicht finden. Der Herr Generalkonsul hat natürlich, wie das leider in solchen Fällen fast allgemein ist, sich nicht an die Arbeiter gewandt, sondern an die Arbeitgeber, welche die Lage „ihrer“ Arbeiter mit sehr erklärlichem und sehr wohl berechnetem Optimismus schildern. Der Arbeitgeber in allen Ländern der Erde ist zu gleicher Zeit der größte Optimist und der größte Pessimist — ihm selber geht es immer schlecht, und dem Arbeiter immer gut. Das Glas, durch welches er die Welt betrachtet, ist zwar nicht gefärbt, aber es hat die Eigenschaft, nach der einen Seite zu vergrößern und nach der anderen zu verkleinern — je nachdem man hineinsieht.

Köstlich sind die Betrachtungen des amerikanischen Herrn Generalkonsuls über den Vegetarianismus. Die meisten unserer Herren Apostel von der „naturgemäßen Lebensweise“ hätten sich — beiläufig bemerkt — wohl auch nicht träumen lassen, daß sie ein der Bourgeoisie so wohlgefälliges Werk thun.

Sollte ein Duzend der Herren „Doktoren“, die „in den Gewerkschaften“ den allzu großen Fleischgenuss mißbilligen — vor prassenden Arbeitern, die in einem Jahr so viel Fleisch essen, wie der amerikanische Herr Generalkonsul in einem Tag — sollte ein Duzend der Herren nächstens unter den günstigsten Bedingungen nach Amerika eingeladen werden, um den amerikanischen Arbeitern das Evangelium von der menschenunwürdigen Fleischkost zu predigen, so brauchen die Herren sich

nicht zu wundern. Denn unser amerikanischer Kollege hat ganz recht: der Dithyrambus des amerikanischen Generalkonsuls auf die sächsischen Vegetarianer hat einen sehr praktischen und geschäftsmäßigen Hintergrund und Zweck: das Herabdrücken der Lebenshaltung — des Standard of life — der amerikanischen Arbeiter.

Von seinem Bourgeoisstandpunkt aus hat der Mann natürlich ganz recht. Die Arbeiter müssen jedoch auch die Lehre ziehen, die sich für sie ergibt, nämlich die Nothwendigkeit der internationalen Arbeiterorganisation.

So lange die Arbeiter eines Landes sich mit einer niederen Lebenshaltung begnügen, sind sie eine ständige Gefahr für die Arbeiter von Ländern mit höherer Lebenshaltung. Und in welchem Kulturland haben die einheimischen Arbeiter nicht die Konkurrenz billigerer Arbeitskräfte des Auslandes zu befürchten?

Wenn die Arbeiter nicht wollen, daß die Arbeiterklasse aller Kulturstaaten schließlich auf den Stand der Löhne und der Lebenshaltung der chinesischen Kulis herabgedrückt wird, so müssen sie durch eine wirksame nationale und internationale Organisation dieser internationalen Konkurrenz der Arbeiter die Spitze abbrechen.

Festnageln müssen wir aber auf alle Fälle die erstaunte Frage des amerikanischen Generalkonsuls:

„Wie ist es möglich, daß Menschen von solchen Löhnen leben können?“

Ja, wie ist es möglich? Und dabei sind die Löhne der Bergarbeiter noch um 25 bis 30 Prozent zu hoch angegeben!

Und die Löhne der Bergarbeiter sind noch um 50 Prozent höher, als die Löhne der sächsischen Weber und Wirker!

„Wie ist es möglich, daß Menschen von solchen Löhnen leben können?“

Der Herr Generalkonsul steht vor einem Räthsel. Er erfindet ein Märchen, um sich das Räthsel zu erklären: das Märchen von der freiwilligen Fleischescntzung. Der Herr Generalkonsul darf es uns auf Wort glauben: die sächsischen Bergarbeiter und auch die Wirker und Weber würden jeden Tag Beefsteak und Roastbeef essen, wenn sie es zahlen könnten.

Und nun wollen wir ihm seine Frage beantworten: „Wie ist es möglich, daß Menschen von solchen Löhnen leben können?“

Die Antwort ist kurz und bündig: Sie leben nicht — sie vegetiren.

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Der Reiter hat nichts mit Dir und Deinem Volke gemein“, versetzte Diether's Gattin nicht ohne Hochmuth. „Er ist ein Heiliger unserer Kirche, ein Streiter für den Glauben, der allein selig macht, und man nennt ihn den frommen Ritter Georg.“

„Der Ritter Georg?“ fragte Esther schlan und ihre Bewegung verbergend: „ich danke Euch, ehrfame Frau. Wie glücklich seid Ihr, solch' ein Bild Eurer zu nennen! Der Maler muß den Heiligen selbst gesehen haben, denn dem schönen Ritter sieht gewiß kein Sterblicher gleich.“

„Kein Jude freilich“, spottete Margarethe bitter: „Der Maler fand aber unter den Rechtgläubigen das beste Vorbild, meinen . . . hier erröthete sie schnell . . . meinen Stiefsohn.“

Esther sah sie überrascht an, mußte aber der herrischen Geberde gehorchen, mit der Margarethe sie aus dem Gemache wies. Geselkten Hauptes schlich das Mädchen unbemerkt, wie sie gekommen, über die marmorgefahnten Treppen zur weiten Hausthür hinaus. Schnell flüchtete sie über den Liebfrauenberg weg, wo die vor dem Stifte spielenden Jungen ihren kindischen Muthwillen durch Schimpfworte und Steinwürfen gegen sie äußerten, weil sie an dem blauegestreiften Schleier die Jüdin erkannten. Wie ein Reh eilte sie an den Hütten der Scherer, gegenüber dem Römer, vorbei, vor denen Meister und Gesellen mit allerlei müßigem Gesindel in herkömmlichem Sonntagsgewand verkehrten, und gern ihren schalen Witz auf Kosten aller vorübergehenden Weiber übten. Nicht eher schritt sie langsamer,

als bis sie in die Nähe der Domkirche gekommen war, aus welcher des Hochamts Orgelklänge feierlich zu ihrem Ohre drangen, und der bösen Lust der Vorübergehenden die Fesseln der Andacht anlegten. Wie gerne hätte sie vor der offenen Pforte verweilen, in das von Weihrauchdüften erfüllte Gotteshaus schauen und sich unter all den Feiertänzen, Kerzenflammen und pomphaften Gebärden den heiligen Rittersmann wieder vergegenwärtigen mögen, der in Diether's Hause sie so zauberisch berückt. Aber die Scheu vor roher Mißhandlung trieb sie von dannen, und sie durfte nur in sich hineinflüstern: Ihr Stiefsohn ist's? Er, der Ritter, der mit mir und meinem Volke nichts zu schaffen hat? Leider ist es so! Nun, da der für mich bisher Nameilose einen Namen trägt, . . . nun, da ich ihn aussprechen darf, . . . nun ist er ganz für mich verloren . . . auch für meine Träume. Gewiß . . . o gewiß trennt ihn nicht sein Volk, sein Glaube, sein Stand allein von mir. Diese Hindernisse sind ja nichts für ein Herz, das nur im Erinnerungsbilde liebt, und allem Irdischen entsagend, nur im Reiche der Einbildung glücklich zu sein wünscht. Aber gewiß fesseln ihn andere Bande . . . den Angebeteten. Konnte der schöne Mann seiner Stiefmutter gleichgiltig bleiben neben den grauen Haaren ihres Gemahls? Daß sein Bild in ihrer Kammer hängt, bürgt für ein geliebtes Andenken, und vereint hat sie die Liebe! — Esther's Gesicht flammte auf in Scham über die Ungerechtigkeit ihres Wahns. Die Liebe? zürnte sie gegen sich selbst: die Sünde hätte sie vereint, und Sünde ist dem Herrn meines Herzens fremd. Wahrlich! Wahrlich! Wie könnte sonst sein Antlitz das Bild eines Heiligen sein? Verzeihe mir, Du, den ich über alles liebe, nicht zu nennen wage, und in dem Götzenbilde verehere, das mein Geheiß verdammt und verflucht. Nimmer soll eine Eiserfucht, wie diese, Dein holdes Andenken schwächen!

An der Thüre ihrer Wohnung empfing sie der Vater, der ihr gleichgiltig im Gespräche mittheilte, daß es ihm bereits gelungen, die Eltern seines Christensindlings zu er-

gattern. Esther fragte mit heftiger Neugierde nach deren Namen. „Du wirst es gut finden, wenn ich ihn verschweige“, antwortete Ben David mit scharfem und bestimmtem Tone: „Der Greis Jochai hat mir offenbart, welsch' unzweifelhaft Gefühl hinzieht zu dem Knaben. Die Thorheit muß nicht ferner genährt sein; denn unbegreiflich ist es ohnehin, wie Du Dich hinneigst zu den Söhnen und Töchtern Amaleks. Der fromme Vater, dem einst der Frieden sei, bringt darauf, daß ich Dich führe gen Worms, wo eine Schule blüht, und die Weisheit gelehrter Rabbinen. Er will gern die Traurigkeit auf sich nehmen, Dich nicht um sich zu sehen, wenn sein Angesicht bleich wird; so Du nur wieder des Paradieses würdig wirst.“

„Führe mich in den Tod, nur nicht nach Worms“, sprach Esther entschieden und fest. „Worms ist Jodid's Vaterstadt, und folglich für mich der höllische Pfuhl, aus welchem die Teufel und Nachtgespenster stammen. Ich muß Dir gehoramen, aber Dir verzeihe dann der hochgelobte Gott!“

Sie entfloß in ihre Kammer und schloß sich ein, allein mit ihrem Liebesbilde und ihrem Kummer. Der Vater blickte ihr wehmüthig lächelnd nach, schlug sich die Brust, und sah feugend empor zum Himmel. Hier ahne ich böse Stürme! sprach er zu sich. Der Ewige wolle alles zum Guten wenden. Hierauf verbrachte er den Tag in geschäftreicher Muße, ordnete seine Rechnungen, überzählte sein Geld, das er im Keller barg, wie die übrige Habe, und kleidete sich gegen Abend in seinbürgerliche Tracht. Dann nahm er den Knaben, der ungestüm nach der Mutter verlangte, bei der Hand, und führte ihn mit sich an das Haus der Frosche, wo er mit dem Glockenschlage der siebenten Stunde, wie befohlen, anlangte. Willbild harrte an der ausgehnten Thüre, und so wie sie in der Dunkelheit den Mann und das Kind herannahen, und die Fortentreppe bestiegen sah, winkte sie ihm, näher zu kommen und einzutreten. Ben David folgte ihr durch das menschenleere Gebäude bis in das Borgemach der edeln Frau, die ihn also

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. April.

Der Reichstag ist nicht mehr zu halten. Heute erledigte er seine Tagesordnung mit Dampfgeschwindigkeit, und der Gedanke, welcher Alle und Alles beherrscht, ist: so schnell als möglich fertig zu werden.

Die nationalliberale Presse, die den Reichstag sehr pessimistisch beurtheilt, weil die nationalliberale Partei eine klägliche Rolle in ihm spielt, kämpft sichtlich entschlossen die Nase ob dieser unaufrichtigen Gasse. Sie deutet an, daß es Mangel an Eifer und Fleiß sei. Das ist abern.

Der Reichstag hat die Hauptaufgabe der Session erledigt — und er hat sie gut erledigt. Er hat das Steuerbouquet des Herrn Miquel zerknittert, zerrissen und auf den Müllhaufen geworfen. Das war recht. Und daß er es ohne lange Beratungen gethan und Herrn Miquel bei Seite geschoben hat, ohne ihm die Ehre langer und ernster Beratungen zu schenken, das gereicht dem Reichstage sicher nicht zur Schande und macht die Niederlage des Herrn Miquel nur um so blamabler. —

Der Zentrumsführer Dr. Lieber hat, wie die „Westfälische Volkszeitung“ in ihrer Nummer vom 9. d. M. mittheilt, „bestimmte Verurtheilung nach, sich entschlossen, seine Mandate zum Abgeordnetenhaus mit dem Reichstage niederzulegen.“ Dieser Entschluß wurde schon im Vorjahre 1893 erwogen und am 1. April d. J. definitiv gefaßt. Der Entschluß wird in dem genannten Blatt wie folgt begründet:

Zweifellos hat die ungehörige Kritik, welche von verschiedenen Stellen zu Unrecht und in ungemessener Weise gegen Herrn Dr. Lieber aus Anlaß seiner historisch-politischen und staatsmännlichen Würdigung des russischen Handelsvertrages geübt wurde, zu seinem Entschlusse die nächste Veranlassung gegeben. Am Freitag früh konnte man noch glauben, der von dem Rheinischen Bauer herabgeschworene Streit sei infolge der Herrn Dr. Lieber gewordenen Gemüthsbildung, als welche die Erklärung des Herrn v. Los gelten mußte, ohne weiteren Unsegen beglücken. Da erschienen in der „Niederrhein. Volkszeitung“ vom Freitag den 6. (Mittagsblatt) und danach in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom Sonnabend (Abendblatt) weitere Anspielungen des hochverdienten Parlamentärs, welche er im Moment seines Abschiedes aus dem Land- und Reichstage und von seinen Wählern schwerlich stillschweigend hinnehmen kann. Herr Dr. Lieber erklärt in einem Schriftstück vom 7. April an eines der genannten Blätter: „Ich wollte politisch sterben aus Gesundheitsrücksichten und meiner Familienverhältnisse wegen, wie man physisch stirbt. Schickt morgen nach mir, Ihr werdet einen stillen Mann an mir finden. So sind auch meine Abschiedsworte an meine Wähler und politischen Freunde abgefaßt. Morgen gedachte ich nach Berlin zu reisen, Montag niederzulegen, ohne Sang und Klang, ein stiller Abschied. (Bisher noch nicht geschehen. Red. d. Vorn.) Ich wollte ihn noch nach v. Los's Erklärung nehmen und alles wäre wieder gut geworden. Mann über Bord! — Vollkommene Ruhe!“ Wenn ich auf Ihre (das angedeutete Blatt Nr. 168, Mittag) schreibe, würde der Abschied ein in seiner; das kann selbst Gott mir zu-muthen. Wenn man von mir Schweigen verlangt, muß man nicht selbst zügellos reden, fortwährend reizend und mit Unwahrheiten wirthschaftend auch noch „die Wahrheit sagen“ nennen. Ich werde also reden, von der Leber, und den Klugen zeigen, daß, wer Klugheit predigen mußte, noch dringender Noth gehabt hätte, sie zu üben. Es thut mir ganz besonders leid, Ihnen sagen zu müssen: an allem, was nun kommen wird, sind Sie schuld: „tensus rumpitur arcus!“ (Der zu hart gespannte Bogen bricht.) Und was war mein Verbrechen? Ich stellte den (russischen Handels-) Vertrag Sedon gleich. Das man ihn unmittelbar vorher im offenen Reichstage „das innere Jena“ genannt hat, weiß man nicht oder verschweigt man, trotzdem daß ich bei meinem Vergleich nicht unterlassen, ihn ausdrücklich als Antwort auf diese größte Schmach, die einem preussischen König und Soldaten ins Gesicht geschleudert werden kann, zu markiren. Von einem Eindringen in meinen Beweggrund keine Spur, nicht eine Ahnung von dem Leitmotiv der ganzen jüngsten Zentrums-Politik. Wir hatten weit mehr nach Jena und Rom, als in Berlin nach Schloß und Wilhelmstraße hin den Beweis zu führen, daß wir im neuen Reichstage nicht die demokratische Partei des niedrigen, unfruchtbarsten Widerstandes seien. . . . So, nun haben Sie's, wie's alten Freunden treuer Waffenbrüderchaft in mehr als 20 Jahren und einem ritterlichen Kampfen gegen Eitelgeizigen ziemt, Ihren ehrlichen Waffengruß! Er soll kein stiller Vorwurf für Sie sein! Jetzt aber decken Sie sich, ich mich, jeder von uns so gut er kann; denn es wird scharfe Hiebe regnen! Vous l'avez voulu! (Sie haben es gewollt!) Verehrungsdrück ergeben Dr. Lieber.“

bald zu sich herein bescheiden ließ. Er übergab den Knaben Willhilds Obhut, und ging bescheiden und leisen Trittes in Margarethe's Stube. Erwartung und Hoffnung in den Miene, empfing ihn die stolze Frau.

„Was bringst Du mir, David?“ fragte sie gespannt: „Die Möglichkeit, die ich neulich Dir angab, ist zur bösen Wirklichkeit geworden. Mein Sohn ist hinübergegangen.“

„Ist er?“ sprach Ben David mit Theilnahme: „So bedauere ich die zurückgebliebene Mutter. Beim hochgelobten Gott! ich bedauere Euch aufrichtig, denn auch wir Juden wissen, wie lieb uns Kinder sind, und Söhne vor allen. Ach! auch mir hat der Herr zwei genommen. Den einen durch einen grausamen Tod; den andern. . . Nun des Herrn Wille geschehe!“

„Er geschehe!“ versetzte Margarethe kurz abbrechend: „Aber eben weil dieser Wille unabänderlich ist und niemand aus dem Grabe rückkehrt, so ist es nicht gerathen, in einem vergeblichen Schmerz zu verweilen und darüber das Leben zu vergessen. Der Himmel weiß, daß ich Dich nicht gern zu meinem innigern Vertrauten machte, aber die Lage der Dinge erfordert es. Ich war arm, ehe ich dem alten Manne meine Hand gab. Die Meinigen sind es noch. Ich bin jung, und will nicht gerne umsonst den Winter meines Eheherrn mit dem Kranze meiner Jugend geziert haben. Die Verzehrung selbst hat das nicht verlangt, darum gehatt etc. sie, daß meines Gatten einziger Sohn erster Ehe dem Himmel geweiht wurde, seine Tochter Verzicht leistete auf ihr Erbe, und ich ein Söhnlein gebar, das einst der Besizer aller Habe seines Vaters zu werden bestimmt war. Für seine Gesundheit besorgt, übergaben wir den Knaben einer ehemaligen Dienerin meines Hauses, die unsern von Wiesbaden verheiratet, den schwächlichen Körper des Kindes in dem stärksten Heilbrunnen daselbst zu baden angewiesen war, nach der Vorschrift des Arztes Joseph, der uns den Aufenthalt auf dem Lande, zu Sommer- und Winterzeit, als das wirksamste Heilmittel für das kränkliche Kind anpries. Vor wenigen Wochen erschree ich, der Knabe sei krank. Die Mutterangst reizt mich

Der vorstehende Brief muß in einer fast krankhaft überreizten Stimmung geschrieben worden sein, die jedenfalls einen Rückschlag auf die unerquicklichen Verhältnisse innerhalb der Zentrumsparthei gestattete. Die Zentrumsparthei kann jedenfalls nicht mehr viel Stöße dieser Art ausstehen, ohne auseinanderzufallen.

Von besonderem, allgemein politischem Interesse in dem Lieber'schen Brief ist die Forderung, daß der Papst und die Bischöfe sich gegenwärtig in rein weltliche parlamentarische Dinge einmischen und auf die Zentrumsfraktionen einen Druck auszuüben suchen zu gunsten der jeweiligen Regierungspolitik. —

Die Sonntagsschule und die Fortbildungsschulen. Wie die „Kreuzzeitung“ erfahren hat, beabsichtigen die verbündeten Regierungen dem Reichstage noch in diesen Tagen die bereits angekündigte Vorlage wegen des Sonntagsschulunterrichts (Verlängerung der Frist vom 1. Oktober 1894 bis 1897) vorzulegen. Man darf wohl annehmen, daß diese Vorlage in ziemlich kurzer Frist ihre Erledigung finden wird. —

Das Getreidemonopol, welches vom Grafen Kanitz und konservativen und antisemitischen Genossen verlangt wird, beschäftigt noch immer die ganze Presse. Nicht bloß in der manchesterlichen liberalen, sondern auch in der Zentrums- und auch theilweise in der konservativen Presse stößt es auf Widerspruch. Diejenigen Konservativen, welche nicht bloß von Geburt, sondern nur von Prinzip aus „Rechten“ sind, merken wohl, daß sie mit dem Getreidemonopol selbst die Art an das Fundament ihrer Herrschaft legen. Das Monopol soll sich zwar nur auf das vom Auslande eingeführte Getreide beziehen und den Zweck haben, die Getreidepreise für unsere Agrarier möglichst hoch zu halten. Aber, indem der Staat damit die unmittelbare Verantwortlichkeit für die Vertheuerung der Brotpreise übernimmt, wird er sich, zumal in Zeiten des Nothstandes, einem solchen Ansturm der Bevölkerung ausgesetzt fühlen, daß er gezwungen wird, tief in das Mark der Großgrundbesitzer selbst einschneidende Maßregeln zu treffen. Der konservative „Reichsbote“ bekämpft denn auch den Kanitz'schen Antrag, aber sein Verlangen ist nicht weniger folgeschwer. Er will die Getreide-Einfuhr in das Reich nur regulirt wissen nach dem vorhandenen Bedürfnis. Aber damit fordert er die Kontrolle über den inländischen Wirthschaftsbetrieb heraus, die den Agrariern noch weniger erwünscht sein dürfte. Jedenfalls wird durch die Anregung des Grafen Kanitz die Frage der Verstaatlichung, nicht bloß des Getreidehandels, sondern überhaupt des landwirthschaftlichen Betriebes auf die Tagesordnung gesetzt. Damit wäre die beste Beseitigung des „Nothstandes“ der Großgrundbesitzer gegeben; freilich würde damit nicht bloß der „Nothstand“ der Agrarier, sondern zugleich diese selbst beseitigt sein. Und kann dieses nur recht sein! —

Ein württembergisches Verfassungsvorschlag. In allen möglichen europäischen Staaten hat's leztthin Krach gegeben wegen der Verfassung. Im Volke drängt es nach einer Erweiterung des Wahlrechts, und widerwillig zögernd, mit verhaltenem Grimm lassen sich die Regierungsmänner irgend welche Zugeständnisse abtrotzen. So ist es in Belgien gegangen; in Oesterreich ist die Wahlreform-Bewegung jetzt im Schwang; in England beginnt sie gleichfalls eine Rolle zu spielen und auch in Holland trieft es. Wie viel wäre nicht gar zu bessern in den deutschen Einzelstaaten mit ihren verwickelten und verwackelten Wahlsystemen, deren Künsteleien alle auf den Endzweck hinauslaufen, den breiten Massen des Volkes den Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten zu erschweren. In einer rechten Bewegung gegen diese Wahlsysteme ist es wohl deshalb noch nicht gekommen, weil das Volk über der Ausübung des wichtigen Reichstags-Wahlrechts, das jedem erwachsenen männlichen Einwohner zugänglich ist, die Wahlrechte der Einzelstaaten vergißt. Die Einzelparlamente erscheinen als nebensächliche Dinge. Neuerdings macht sich da allerdings eine erfreuliche Wandlung bemerkbar. Unsere Partei ist überall dort, wo sie aus eigener Kraft Wahlsiege erringen kann, in die Wahlbetheiligung eingetreten und hat dem auch in mehreren einzelstaatlichen Parlamenten Siege erobert. Unsere weitere Aufgabe wird es sein, durch unablässige Agitation dem allgemeinen Wahlrecht zum Durchbruch zu verhelfen. Auf die Dauer ist eine solche tiefgreifende Erneuerung unvermeidlich. Diese Er-

vom Lager des sieben Gemahls, den ich über diesen Punkt in Unwissenheit ließ; ich sehe meinen Sohn, übergenge mich von einer unheilbaren Verzehrung, die ihn überfallen, und denke stillos zurücksehend, sogleich auf die allzu wahrscheinliche Zukunft. Damals war es, wo ich Dir, der mir schon öfter Vertrauen abgewann, ein großes schenkte, und heute find wir da, wo ich mich damals nur hindachte. Hast Du gefunden, was Du suchtest? Eine Mutter, die ihr Kind für reichlichen Lohn aus ewig von ihrem Busen weilt? oder eine Waise, würdig des herrlichen Postes, das ich ihr be-reichte? Rede, zaudere nicht. Die Zeit ist kostbar.“

„Eine Mutter, die ihr Kind verkauft, fand ich nicht, edle Frau,“ erwiderte der Jude: „Selten mag wohl dieser Vogel sein. Aber etwas besseres fand ich, einen Knaben, an dem die Welt keinen Anspruch hat, der selbst nicht weiß, woher er stammt, von dessen Eltern Ihr keine Forderung zu fürchten habt, da sie ihn verstieken.“

Margarethe horchte aufmerksam auf die Geschichte, die ihr Ben David zu erzählen für gut fand, ohne dabei des Edelknichts von Hülshofen zu erwähnen. „Hat der Knabe alle Eigenschaften, die ich verlangte?“ fragte sie hierauf: „Braunes Haar, blaue Augen. . . eine stüchtige Keckheit mit den Bildern unseres Geschlechts? das rechte Alter?“

„Alles, wie Ihr's begehrt. Der Zufall konnte nicht besser dienen. — Ueberzeugt Euch selbst.“

Ben David führte den Knaben herein. Willhild erschien mit ihm und winkte der edlen Frau mit voller Zufriedenheit zu. Wohlgefällig betrachtete Margarethe beim hellen Kerzenschein das blöde dastehende Kind. — Thränen stiegen in ihre Augen. „Wahrlich!“ rief sie mit ausgereiztem Gefühl: „sind diese Jüde nicht ein Fingerzeig von Gott, so weiß ich's nicht. Sprich, Willhild! Mein Knabe, wäre er gesund und kräftig geworden. . . hätte aussehen müssen, wie dieser. Ach, mein Johannes!“

„Ich heiße Hans!“ sprach der Knabe schüchtern.

(Fortsetzung folgt.)

kenntniß beginnt auch bereits den einzelstaatlichen Bureaukratie aufzubämmern, und da versallen sie denn nach allem Brauch auf den Gedanken, durch Palliativmittel das drohende Verhängniß abzuwenden. Nicht seiner sehr unwesentlichen eigenen Bedeutung halber, sondern als ein solches Symptom der Zeitströmung ist denn auch das winzige Wahlreformchen beachtenswerth, das in der Form eines Gesetzentwurfes zur Verfassungsänderung die württembergische Regierung dem Landtage vorgelegt hat. An den beiden ständartig organisierten Landtagskammern wird Wesentliches nicht geändert. In die erste, bisher den Prinzen, Standesherrn und sonstigen erblichen Gesetzgebern vorbehaltenen Kammer sollen ein paar Bürgermeister, Geistliche und auf Lebenszeit ernannte Regierungs- und Rammerräthe hineingeschoben werden. Sie würde dann in ihrer Zusammensetzung dem preussischen Herrenhaus ähneln. Damit erübrigt sich jedes weitere Wort der Kritik. Das württembergische Abgeordnetenhaus ist gleichfalls ständartig gegliedert. Die sieben Augen Schwaben, die zu Stuttgart das Ministerium bilden, bedenken diese ständartige Gliederung unangefastet zu lassen; nur so ein ganz klein Bißchen verschieben wollen sie die Zusammensetzung. Ein paar Ritter und Geistliche weniger, ein paar Bürger mehr; darauf kommt das Stuttgarter Reformli hinaus. Wir halten es für kaum glaublich, daß selbst ein württembergischer Landtag über dieses gespassige Nachwerk ernsthaft „dischulture“ wird; das Reformli wird hoffentlich gleich ins Papierkörbchen wandern. —

Die nothleidenden Apotheker. Selten ist wohl ein größerer Bauwau in die Welt gesetzt worden, als das bekannte Schlagwort Caprioli's, daß jede Gesetzvorlage daraufhin geprüft werde, wie sie auf die Sozialdemokratie einwirke. Da die Sozialdemokratie blüht und gedeiht trotz allem, was man zu ihrer Vernichtung ins Werk setzt, so ist es auch den Vertretern der reaktionärsten und gemeinschädlichsten Interessen möglich, sich auf ihre Nothwendigkeit als Stütze des Thrones, des Altars und des Geldsacks zu berufen, wenn etwa die Regierung sich getrauen sollte, ihnen nothgedrungen die Schwinge ein wenig zu beschneiden. Das haben sich auch die Apotheker gemerkt, welche durch die in kapitalhonender Form beabsichtigte Einführung der Personal-lieferung, die dem gemeingefährlichen und skandalösen Apothekengewerke ein Ende machen soll, sich selbstredend schwer in ihrer idyllischen Neunundneunziger-Griffenz bedroht fühlen. In der „Pharmazeutischen Zeitung“ führt so ein Neunundneunziger folgenden possirlichen Weitzanz auf:

„Der Herr Reichsfinanzler hat in einer seiner Reden gesagt, er wolle jede Vorlage darauf hin, wie sie auf die Sozialdemokratie wirke. Hoffen wir, daß das auch geschehen wird, wenn sich die Ideen des Herrn Kultusministers resp. seines Beraters in pharmazeutischen Angelegenheiten zu einer Vorlage werden verdrückt haben. Soll es denn wirklich möglich sein, daß die seit Jahren systematisch gegen uns gerichtete Angriffe und Verdächtigungen der Sozialdemokratie einen großen und blühenden Stand, ein produktives Gewerbe vernichten können?“

Was anders ist denn dieser langjährige Kampf der deutschen Apotheker gegen die sozialdemokratische Presse und die großen Krankenkassen, als das verzweifelte Ringen der besitzenden Klasse gegen den Ansturm der alle Werte vernichtenden Anstürzer?

Jeder Stand, den die Sozialdemokratie zerrieben hat, fällt derselben als reife Frucht in den Schoop. Man sagt sich eben: wenn die bestehende Gesellschaft meinen Besitz, mein mit Fleiß und Arbeit erworbenes Eigenthum nicht schützen will oder kann, so vermag sie eben in der bestehenden Form ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht zu werden.

Vielleicht kämpft die Sozialdemokratie deshalb so erbittert gegen uns, weil sie glaubt, daß es für die Geister des Umsturzes keinen wirksameren Bundesgenossen geben könne, als einen Stand, der herufen ist, die Geister der Vernichtung sorgfältig zu hüten.

Der deutsche Apotheker ist stets ein treuer und pflichtbewußter Staatsbürger gewesen und wird sich niemals auf falsche Bahnen begeben; aber er hat auch das Recht auf Schutz gegen unbedingte Uebergriffe.“

Wenn dieser Erguß das preussische Ministerium nicht befehrt, dann kann man nicht anders als auch die Herren Sofie und Konsorten für verkappte Sozialdemokraten zu halten. Dasse man also den Herren Neunundneunziger ihre unbedingte Bucherfreiheit, ihnen, die nach eigenem Zeugniß vor allen andern Ordnungsmenschen berufen sind, die mit der Sozialdemokratie im Bunde stehenden „Geister der Vernichtung zu hüten“ im Thron, Altar und Geldsack über Gebühr hinaus am Leben zu erhalten. —

Ein Bild aus dem Gegenwartstaate. Die Berliner Blätter bringen ohne Kommentar folgende Notiz:

Trotz der fortgesetzten Absätze in die Provinzial-Gefängnisse ist das Strafgefängniß Wlöhensee mit seinen 2310 Insassen immer noch so überfüllt, daß es jeden Zugang aus dem gestern mit 1284 Gefangenen besetzten Untersuchungs-Gefängniß zu Monbit zurückweisen muß. Die frei werdenden Plätze reichen kaum zur Aufnahme der sogenannten „Selbstgestalteten“, d. h. der Verurtheilten, die zunächst auf freiem Fuß belassen sind und sich dann „freiwillig“ zum Eintritt der Strafe in Wlöhensee einfinden. 210 Verurtheilte blühen zur Zeit gleich im Untersuchungs-Gefängniß ihrer Strafe ab, unter ihnen befinden sich 21 Weiber. In Untersuchungshaft sind zur Zeit 918 Männer und 156 Weiber; von dem Gesamtbestande des Untersuchungsgefängnisses entfallen 1062 auf das Landgericht I und nur 222 auf das Landgericht II.

Nach wir enthalten uns eines Kommentars. —

Die Reactionäre im österreichischen Abgeordnetenhaus, das sind mehr als neun Zehntel sämtlicher Abgeordneter, heucheln fürchterliche Entrüstung über eine freimüthige Aeußerung des jungjüdischen Abgeordneten Gregor über die Monarchie. Es ist charakteristisch für die Presse, daß diese Aeußerungen in keiner Zeitung wiedergegeben werden, so daß wir auch nicht in der Lage sind, dieselben zu veröffentlichen. —

Die Schraube ohne Ende. Die neue Kanone, von der wir vor Ostern schon schrieben, ist wirklich da. Heute wird aus Paris telegraphirt:

Paris, 11. April. Infolge der Experimente in Calais mit einer neuen, von einem Kavallerie-Kapitän erfundenen Kanone wurde letztere für die ganze französische Feldartillerie angenommen. Die Herstellung der Lafette mit den notwendigen Aenderungen an den Geschützrohren erfordert die Summe von 240 Millionen Frank. u. Das neue Geschütz hat Metallräder, besitzt vermindertes Gewicht und eine bedeutende Durchschlagskraft. Da hätten wir die Bescherung! Bei den 240 Millionen Frank's wird es natürlich nicht bleiben. Eine andere Schätzung, die uns vorliegt, ist doppelt so hoch. Und — jetzt müssen auch wir eine neue Kanone haben.

Freue Dich, deutscher Steuerzahler! —

Italien steht vor dem Staatsstreich. Herr Crispi hat der Kammer die Pistole auf die Brust gesetzt: „Das ganze Budget und die Diktatur für mich oder —“

das Leben! Das heißt: die Auflösung. Nicht die Kammer nicht nach, so wird sie weggeschafft, Crispi übernimmt die Diktatur, und bereitet Neuwahlen vor, die ihm eine Majorität geben. Das ist der Staatsstreich, wie er im Buch steht.

Unsere Leser erinnern sich der Prophezeiung: „Crispi wird die Dynastie, welche er auf den Thron setzen half, auch stürzen.“

Crispi arbeitet wieder an der Verwirklichung des Prophezenwortes: Bürgerkrieg — Standrecht und Staatsstreich — und das alles in vier Monaten! Der Todtengräber reitet schnell, wie die Todten. Die gute Hälfte des Wegs hat er schon zurückgelegt. Wie viel Zeit wird er für den Rest brauchen?

Die Wahlen in Holland. Bei den gestern stattgefundenen Wahlen zur zweiten Kammer wurden nach den bisher vorliegenden Resultaten 20 Anhänger des vom Minister des Innern Dr. Tafel eingebrachten Wahlreformprojektes und 35 Gegner desselben gewählt. In 10 Wahlkreisen sind Stichwahlen erforderlich.

Demnach ist das Ministerium wohl zum Rücktritte gezwungen, da die Gegner des allgemeinen Wahlrechts gesiegt haben.

Arbeiterversicherung in Norwegen. Die Regierung hat heute im Storting eine Vorlage über die Krankenversicherung der Arbeiter eingebracht.

Ueber die Bauernunruhen in Rumänien berichtet ausführlich die „National-Zeitung“, deren Bericht wir das folgende entnehmen: Es kann jetzt nicht mehr bezweifelt werden: in Rumänien, und zwar in der Moldau, noch genauer in dem Bezirke Falein und Verlad, haben im vorigen Monate Bauernunruhen stattgefunden. Es wird uns darüber folgendes berichtet: Am 12. März veranstalteten die Bauern in dem erwähnten Bezirke eine tumultuarische Kundgebung gegen die Einführung der neuen Gemeindesteuern. Das Militär schritt ein, und es gab auf Seite der Bauern 8 Tode und 40 Verwundete. Aber schon eine Woche später sprang die Bewegung auf den benachbarten Bezirk Verlad über und wiederholte sie sich im Bezirke Falein. Sie hatte diesmal einen weit gewaltthätigeren Charakter. In den Häusern der Dorfprimare wurden alle Akten und namentlich die neuen Steuerlisten vernichtet, die Unterpräfecten und Gemeindevorstände mißhandelt, ein Dorfnotar, welcher die Steuerlisten angefertigt hatte, mußte unter den Händen der wütenden Bauern sogar sein Leben lassen. Schwere Mißhandlungen wurden auch nach dem Schauplatze der Unruhen geschickten richterlichen Beamten zu theil.

War man nun zuerst vielleicht allzu scharf gegen die Tumultuanten vorgegangen, so beging man jetzt den Fehler, gegen die Anführer Urtheile des 12. Dorobanzenregiments (Territorial-Armee), welche sich größtentheils aus den ausländischen Bezirken rekrutierten, zu ertheilen, und die Folge war, daß ein Unteroffizier sich weigerte, dem Befehle des Offiziers gemäß, auf die Bauern scharf zu lassen, da unter ihnen eine Anzahl seiner Blutsverwandten sich befände. Erst nach dieser Erfahrung wurde ein Jägerbataillon der stehenden Armee gegen die Anführer entsandt und es wird nun die Ruhe wohl bald wiederhergestellt werden.

Drei Beschwerdepunkte namentlich sind es, welche die Leute erbittern und von der Opposition agitatorisch verwendet werden. Der erste betrifft die schlechte Verwaltung. Die Beamten wechseln zu schnell ihre Posten und sind außerdem nicht ausgiebig bezahlt, während die Pensionsberechtigung erst nach dreißigjähriger Dienstzeit eintritt. Die Beamten suchen also möglichst viel Nebenverdienst zu machen.

Besonders verhasst ist endlich die Bezahlung von 4 Frank jährlich zum Unterhalte der orthodoxen Geistlichen, während früher die Bauern das Feld des Geistlichen bestellten und ihm Viktualien lieferten. Auch hier ist es die ungewohnte Baarzahlung, welche besonders anstößig wirkt. Alles das zusammen ist von der Opposition für ihre Zwecke verwendet worden und ihre schematische Aufreizung hat dann zu den geschilderten Bauernunruhen geführt.

Serbien steht vor dem Staatsbankrott und vielleicht vor einer Intervention der Großmächte zu Gunsten der auswärtigen Gläubiger. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Belgrad:

Die serbische Regierung hat die durch Baron de Leynach ihr gemachten Vorschläge der Bankiergruppe abgelehnt. Gestern Morgen hat infolgedessen die Berliner Handelsgesellschaft im Auftrage der beteiligten Banken telegraphisch dem serbischen Finanzminister ein energisches Ultimatum gestellt, worin sie umdringende Annahme der Serbien im Interesse der Gläubiger überzichten Propositionen fordert. Falls dies bis gestern Abend 9 Uhr nicht geschehen sein sollte, werden die Banken die sofortige Intervention der Kabinete von Paris, Berlin und Wien angeben. Infolge dieses Ultimatus hat gestern Nachmittag ein Ministerialrat stattgefunden, in welchem der Finanzminister erklärte, lieber demissioniren zu wollen, aber unter keiner Bedingung die Vorschläge der Gruppen, welche aus Serbien ein zweites Ägypten schaffen wollten, anzunehmen. — In einem späteren Telegramm erhält die „Frankfurter Zeitung“ die Meldung, daß der Finanzminister die Vorschläge der Bankiergruppe rundweg abgelehnt hat. Es gilt für wahrscheinlich, daß die Krise eine weitere Ausdehnung annimmt.

Der Unternehmerschwandel hat sich in Amerika sogar der Arbeitslosen bemächtigt. In verschiedenen Blättern lesen wir folgende Notiz:

New-York, 7. April. Die Arbeitslosen machen nachgerade den Behörden in den Vereinigten Staaten (noch weit mehr zu schaffen, als in Europa. Ein Phantast, Namens J. S. Coxy von Ohio, hat den grandiosen Plan gefaßt, die Arbeitslosen sollten in Hunderttausenden aus dem ganzen Lande vor das Kapitol in Washington ziehen und dort vom verammelten Kongress gesetzliche Maßnahmen zur Abhilfe ihrer Noth erzwingen. Zu dem Zwecke hat er zwei große Verbände ins Leben gerufen: die Industrie-Armee und die Armee des Reiches Christi. Beide sind gänzlich von einander geschieden. Die erstere zählt jetzt 50.000 Mann. Der letzteren schließen sich in jedem Dorfe auf ihrem Marsche nach Washington neue Rekruten an. 100.000 Mann, zu Fuß, zu Pferde und zu Wagen, sind jetzt unterwegs nach der Hauptstadt, wo sie in einigen Tagen ein treffen können. In Oakland, Kalifornien, kam es gestern zu ernstlichen Reibungen zwischen 600 Mann von dem dortigen Zweigvereine der Industriearmee und der Polizei. Der Stadtrat beschloß schließlich, sie aus der Stadt zu schaffen und stellte ihnen einen Güterwagen zur Verfügung. Anfangs weigerten sie sich, in die Güterwagen zu steigen. Schließlich aber gaben sie nach und fuhren nach Sacramento. Als die Industriearmee von Oakland in Sacramento eintraf, wurde sie sogleich befehligt. Der Stadtrat hielt es für das gerathenste, sie gut zu behandeln und dann weiter zu befördern. Dies geschah, nachdem sie auf 1000 Mann angeschwollen war. Der Gründer dieser seltsamen Arbeiterorganisation, Coxy, ist ein reicher und gebildeter Mann.

Die Wahrheit ist: es handelt sich um eine Schwindel-demonstration zu Gunsten des Schutzolls

und der Mac-Kinley-Bill. Der Herr Coxy scheint halbverrückt zu sein, aber hinter ihm stehen wohlberechnende amerikanische Schutzöllner, welche seit Monaten Tag für Tag behaupten, die Krise, die jetzt Amerika verwüftet, sei bloß die Folge der Angriffe auf die Mac-Kinley-Bill. Und Thatsache ist, daß viele amerikanische Schutzöllner ihre Arbeiter demonstrativ entlassen haben, mit dem Bemerk, die Wirtschaftspolitik Cleveland's sei schuld an dem Niedergang der Industrie, wenn Arbeitslose Arbeit wollten, müßten sie durch Ausübung ihrer politischen Rechte die Freihändler zu beseitigen oder in die Bahnen des Schutzolls zu drängen suchen.

Natürlich fällt es den amerikanischen Arbeitern nicht ein, den unfinnigen Plan des Herrn Coxy auszuführen.

Zu den pennsylvanischen Greneln schreiben deutsche Bourgeois-Zeitungen:

New-York, 8. April. Die Aufregung in der Roock's-Gegegend von Pennsylvania hat noch nicht nachgelassen. Die Konvention der Ausschüssigen in Scottsdale, die sich gestern Nacht versagte, nahm eine Entscheidung an, den Ausstand fortzusetzen, bis ein Erfolg gesichert ist. Die Ermordung des Ingenieurs Paddock wurde auf der Versammlung verdammt. Alles wird versucht, um die Ausschüssigen von der Arbeit abzuhalten. In Lemont trieben gestern 200 Frauen, die mit Knäpeln und Steinen bewaffnet waren, die Arbeiter vor den Augen der Beamten von ihrer Arbeit. Die Beamten durften es nicht wagen, auf die Frauen zu schießen, da einige von ihnen guter Hoffnung waren. — Aus dem neuen Reservoir in der Nähe von Dumbard wurden 2000 Pfund Dynamit gestohlen. Man glaubt, daß diese That den Vorläufer neuer Aufhebungen bilden wird. Es herrscht in der Gegend große Aufregung.

Die Ermordung des Ingenieurs Paddock ist weit weniger ein Mord als die Erschießung eines Duhends flüchtiger Ausschüssigen. Er wurde im Handgemenge getödtet. — Daß die Frauen in diesen Kämpfen eine Rolle spielten, den Männern vorangingen und den zum Schießen bereiten Polizeibeamten und Milizen wiederholt vor die Mündungen der Gewehre traten, wird auch von anderer Seite gemeldet.

Die Berliner Polizei scheint wieder einmal auswärtigen Regierungen gefällig sein zu wollen. Sie hat gestern wie schon so oft, eine Geldstrafe im Interesse der internationalen Reaktion zu verzeichnen, indem sie ein paar harmlose russische und bulgarische Studenten verhaftet hat.

Sowohl wir unterrichtet sind, kann sich der der Sicherheit des Deutschen Reiches so gefährliche bulgarische Student in deutscher Sprache gar nicht ausdrücken, während der eine der russischen Studenten erst wenige Wochen in Berlin ist. Ueber den zweiten verhafteten russischen Studenten waren wir nicht in der Lage, uns eine Information zu verschaffen, was jedenfalls auch nicht dafür spricht, daß er irgend welche ernst zu nehmende Beziehungen zur sozialistischen Partei hat. Daß die Berliner Polizei den Wünschen der russischen Behörden gegenüber willfähriger ist, als es dem Machtbewußtsein des Deutschen Reiches entspricht, ist leider bekannt, daß man aber auf dem Alexanderplatz der vom Deutschen Reich nicht anerkannten Regierung des Herrn Stambulow gefällig ist, ist neu, wenn auch nicht erstlich.

Wir sind überzeugt, daß die Untersuchung die vollständige Harmlosigkeit der Verhafteten ergeben wird und erwarten, daß man dann ungehämt ihre Freilassung verfügen wird, uns aber unbedingt von der Schmach verschonen wird, daß unsere Gäste, falls sie zur Ehrenrettung der Polizei ausgewiesen werden müßten, die Wahl der Grenze nicht freigelassen wird und daß sie etwa den Schergen des Jaren überantwortet werden.

Parteinachrichten.

Konfözierte Lieder. Die Kreishauptmannschaft Dresden hat das Verbot der Lieder und Gedichte bestätigt, welche die Polizeidirektion vom Feindprogramm des Dresdener sozialdemokratischen Vereins gestrichen hatte. Sie bleiben verpönt wegen ihres „politischen und religiösen Inhalts“. Aus letzterem Grunde wurden beanstandet: „Luther's Jörn“, „Das Widersindn“ und das durch den „Wahren Jakob“ in weitesten Kreisen bekannt gewordene Gedicht: „Das Mirakel zu Trier“. Außer jenen sieben Gedichten verfielen der polizeilichen Ungnade „Der letzte Krieg“ und die „Marx'sche“ — freilich ohne den allermindesten Erfolg. Beide Lieder sind bereits bereit dem Gemeingut der Arbeiter geworden, daß keine Polizeibehörde der Welt im Stande ist, deren Weiterverbreitung zu hindern. Gedanken sind eben unkonfözierbar!

Die Buchdrucker und die Saalfrage. Wenn die Leipziger Buchdrucker durch ihren Beschluß in der Saalfrage, der von uns kürzlich einer Betrachtung unterzogen wurde, dienen, geht deutlich genug aus den häßlichen Bemerkungen hervor, die sich die „Leipziger Zeitung“ hierüber leistet. Dieselbe schreibt:

Die Partei scheint also den wiedererwachenden Selbständigkeitsdurst der Buchdrucker unterdrücken zu wollen. Es wird sich bei dieser Gelegenheit vielleicht zeigen, welches Maß von Freiheit dem einzelnen im sozialdemokratischen Zukunftsstaat zugebilligt ist. Neizend wäre es, wenn der Tag der allgemeinen Arbeiterverbrüderung, der 1. Mai, eine sozialdemokratische Gewerkschaft von ihrer eigenen Partei boykottirt zeigte.

Unser Leipziger Bruderorgan, „Der Wähler“, fertigt das amtliche Organ durch folgende treffende Sätze ab:

Die Buchdrucker werden an dieser schadenfrohen Noth vielleicht erkennen, welches Schauspiel sie den Begnern bieten. Im übrigen aber möchten wir der „Leipziger Zeitung“ und ihrem berühmten Korrespondenten rathe, sich den Kopf der Sozialdemokratie wegen nicht zu zerbrechen. Die heilige Absonderung der Buchdrucker wird — so hoffen wir zuversichtlich — früher oder später beseitigt werden, nicht durch Unterdrückung der Freiheit einzelner Personen, sondern durch die Förderung der Erkenntnis, daß der gefaßte Beschluß ein bedauerlicher Fehler war.

Die Dresdener Genossen werden auf der Landeskongress der sächsischen Sozialdemokratie beantragen, daß die Parteigenossen aller Orten sich verpflichten, energisch für Erwerbung der Staatsangehörigkeit zu agitiren.

Die österreichische Sozialdemokratie wird nun wohl bald zu Grunde gehen. Zur gleichen Zeit, als in Wien der Parteitag der Sozialdemokratie tagte, hat dort der Deutsche Bauerntag seine Sitzungen abgehalten und folgenden für unsere Parteigenossen vernichtenden Beschluß angenommen: „Die am 27. März 1894 beim zweiten deutschen Bauerntag zu Wien versammelten Grundbesitzer erklären, daß sie das Bestreben der sozialdemokratischen Partei, ihre Lehren auch in den Bauernland zu tragen, auf das Entschiedenste verdammen und diese von internationalem Gelde und jüdischem Gelde geleitete Agitation auf das schärfste zurückweisen. — Ob die Partei dem Beschluß lange überleben wird?“

Unser französischer Genosse Jules Guesde soll, wie die „Münchener Post“ mittheilt, erkrankt sein und sein Zustand soll seinen Freunden ernstliche Besorgniß einflößen. Wir hoffen, daß dieselbe sich als unbegründet erweist. Guesde's Hingebung, geistige Schärfe, rastlose Thätigkeit und persönliche Bemühung haben am meisten dazu beigetragen, daß die zahlreichen Schulen und Organisationen, in die der französische Sozialismus so lange gespalten war, sich geeinigt haben und daß heute die Arbeiter Frankreichs durch eine so statliche Palang von Vorkämpfern des Friedens und der Freiheit vertreten sind.

Maifeier. In Grimnitzkau (Sachsen) wird das Maifestkomitee beim Stadtrath die Bewilligung von 500 M. als Beitrag zu den Kosten der Maifeier beantragen und vom Spinner- und Fabrikantenvereine sowie von den vereinigten Baumeistern die Freigabe der Arbeit am 1. Mai fordern. Auf die Antwort des Stadtraths sind wir begierig. Ja wenn's für Sedans oder sonstigen Hummel gefordert würde.

Die Landshuter Genossen haben beschlossen, die Maifeier am Sonntag den 6. Mai zu begehen. Möge es den Genossen in kleinen Ortschaften auch schwer fallen, den 1. Mai an einem Wochentage festlich zu begehen, so sollten sie doch bestrebt sein, den Beschlüssen des Parteitags nachzukommen und ist es auch nicht möglich, Arbeitsruhe einzutreten zu lassen oder große Festlichkeiten zu veranstalten, so begnüge man sich eben, durch Abhalten einer Versammlung zu demonstrieren.

Das Programm zur Maifeier in Magdeburg haben die dortigen Genossen wie folgt festgesetzt: Am Morgen soll eine große Versammlung stattfinden für die Genossen, die ohne große Schädigung die Arbeit ruhen lassen können. Das Defecet in dieser Versammlung hat der Abgeordnete Albert Schmidt übernommen. Am Abend finden in allen Stadttheilen Versammlungen statt.

Die Bielefelder Genossen haben in bezug auf die Maifeier folgende Beschlüsse angenommen:

1. Die heutige Versammlung empfiehlt den Genossen und Genossinnen, den 1. Mai in denjenigen Werkstätten, wo es irgend möglich ist, durch Rubenlassen der Arbeit während des Tages zu feiern. 2. Wo dies nicht ausgingig erscheint, empfiehlt die Versammlung, den Versuch zu machen, durch gütliche Vereinbarung mit den Arbeitgeberern am 1. Mai unter Verzichtleistung auf die Mittagspause von 2 Uhr Nachmittags ab die Arbeit ruhen zu lassen. 3. Falls in einzelnen Fabriken die Arbeiter Bedenken tragen müßten, mit einem solchen Antrag aus freien Stücken an den Fabrikanten heranzutreten, empfiehlt die Versammlung, deren heutiges Bureau zu beauftragen, den betreffenden Fabrikanten ein Petition zu überreichen, in welchem der Wunsch ausgedrückt ist, am 1. Mai von Nachmittags 2 Uhr, unter Ausfall der Mittagspause, die Fabrik zu schließen. — Mit Rücksicht darauf, daß vielleicht die eine oder andere Fabrik nicht darauf eingeht, um 2 Uhr Feierabend zu machen, soll die Feste, welche Genosse Liebknecht zu halten zugesagt hat, erst Abends 8 1/2 Uhr gehalten werden. Lebende Bilder und ein Kinder-Lampionzug soll den Schluß des Festes bilden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Freigesprochen wurde am 7. April der Redacteur der Bielefelder „Volkswacht“, Genosse Gröth, von der Anklage des Staatsanwalts durch die Presse, einen Polizeikommissar beleidigt zu haben.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Handwerker Charlottenburgs! Heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Kaufmann eine große öffentliche Versammlung statt beghuß Stellungnahme zu unserem Kongress in Halle. In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß jeder Handwerker und Expeditionsarbeiter pünktlich am Platze ist. Kollegen! In Eurem eigenen Interesse liegt es, daß die Versammlung zahlreich besucht wird.

Im Auftrage der Agitationskommission.
Käpler, Burgstr. 18.

Der Gasarbeiterstreik in Wien ist beendet — verloren für die Arbeiter, wie bei der Ungleichheit der Machtmittel voraus zu sehen war. Trohdem die englische Gasgesellschaft ihren kontraktlichen Verpflichtungen, Wien mit Gas zu versorgen, in genügender Weise nicht nachgekommen ist, fand sich niemand, der gegen sie eingeschritten wäre. Haben wir drüber der schwarzen Grenzpfähle eifern die Behörden, sich als getreue Diener der herrschenden Klasse zu erweisen. Es gelang der Gesellschaft, slowatische Arbeiter herbei zu schleppen, die den Dienst der Streikenden nothdürftig verrichteten. Gewaltsam wurden diese in den Werken zurückgehalten, ohne daß die Polizeibehörde sich ins Mittel gelegt hätte. — Dem Komitee der Ausschüssigen gegenüber erklärte die Direktion im Beisein des Bürgermeisters, alle Arbeiter wieder einstellen zu wollen, sobald der Streik als beendet erklärt sei. Die Wortbrüchigkeit der Gesellschaft zeigte sich sofort, als die Arbeiter sich zur Wiederaufnahme meldeten. Man nahm nur die Jüngeren und ließ die Alten, die bald Pensionsberechtigung erlangten, unberücksichtigt; vor allem wurden alle als „Häufelführer“ Verdächtige abgewiesen. Es befanden sich gegenwärtig noch 1000 Gasarbeiter ohne Beschäftigung, und helfen so das Elend der Arbeitslosigkeit in Wien noch um ein Bedeutendes vermehren. So rächt sich das Kapital an Arbeitern, welche es erfolglos gemagt, ihre Lage um ein Weniges zu verbessern.

Zum Maifest in Bremen. Die Vatermeister haben in allen Blättern der Umgegend Inserate erlassen, in welchen sie ihre „geehrte Kundschaf“ ersuchen, sie in dem ausgedehnten Lohnkampfe zu unterstützen, indem man alle nicht wirklich dringenden Arbeiten möglichst aufschieben möge. — Die Unverschämtheit der Herren Meister geht wirklich weit; das Publikum soll also mit seinen Aufträgen warten, bis sie ihre Gehilfen nach allen Regeln der Kunst ausgehungert haben. Hoffentlich wird der größere Theil der Bevölkerung die Hand hierzu nicht bieten.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schilffre (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

D. 101. Die Broschüre ist seit längerer Zeit in Arbeit.

D. 102. Sie fragen an, ob man nach den wunderlichen Beschlüssen, welche den Parteigenossen am Tage der Kontrollversammlung in Saalfeld ertheilt worden sind, Ursache zu der Annahme hat, daß Einem auch das Lesen des „Vorwärts“ für den Tag der Kontrollversammlung verboten werde. Wir glauben kaum, daß die Militärbehörden so intolerant sein werden, da doch trotz des Boykotts in gar vielen Kneipen, wo unser Blatt ausliegt, aktive Soldaten verkehren dürfen und auch mit Vorliebe verkehren.

D. 100. Die Sachen müssen auf Interventionsklage freigegeben werden.

Brunn. Wenden Sie sich an den Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Klop, Stuttgart.

Briefkasten der Expedition.

Wir ersuchen den Herrn Kassirer des Vereins der Filialschaff- Arbeiter um gefällige Angabe seiner Adresse.

Freie Postbahn. Post 7 erscheint erst in der nächsten Woche.

Für den Inhalt der Inserate über-
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 12. April.
Opernhaus. Margarethe.
Schauspielhaus. Das Fräulein
von Eglar. Ein feiner Di-
plomat.
Deutsches Theater. Der Herr
Senator.
Berliner Theater. König Richard III.
Lesing-Theater. Madame Sans-
Gêne.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Der arme Jonathan.
Residenz-Theater. Der Maskenball.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Neues Theater. Die Journalisten.
Central-Theater. Der neue Kurs.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Lante. Vorher: Die Bajazi.
Viktoria-Theater. Die schöne
Melusine.
Alexanderplatz-Theater. Die
Nachteulen von Paris.
National-Theater. Muttersegen
oder: Die neue Fanchon.
Theater Unter den Linden. Der
Obersteiger. Hierauf: Columbia.
American-Theater. Lumpen-
Susanne, oder: Die Obdachlosen von
Berlin.
Wintergarten. Spezialitäten. Vor-
stellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten.
Vorstellung.
Apollon-Theater. Spezialitäten.
Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten.
Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten.
Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Nur einmalige Aufführung.
Muttersegen,
oder:
Die neue Fanchon.
Schauspiel mit Gesang in fünf Akten
von Friedrich Mühl von Schäffer.
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang
7 1/2 Uhr.
Morgen: Einmalige Aufführung:
Der Glöckner von Notre Dame.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Zum 5. Male:
Der neue Kurs.
Posse mit Gesang in 3 Akten
von Leopold Ely.
Musik von Julius Gindshofer.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
„Der neue Kurs“.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Letzte Woche in dieser Saison.
Jeden Abend 9 Uhr:
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus
dem Mühlwinkel (frei nach dem Ver-
brecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“,
ein schon geprägtes Mädchen
Franziska Häser.
Die Bombe. Afterspieltheater im Mühl-
winkel des „Sonnenaufgangs“
Josephine Delelisour.
Brunwald — mit bewegter Vergangen-
heit — Martin Bendix.
Neu! Original-„Barna“ Neu!
Musikalischer Electro-Phantast.
Ferner u. a.:

„Direktor Hippe“

von Martin Bendix,
sowie Eugen Focher, Sächsischer
Original-Humorist.
Anfang — Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Vor-Anzeige! Sonnabend, 14. April:
Benefiz für die beliebte Berliner
Soubrette Josephine Delelisour.
Sonntag: Vorletzte Vorstellung.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
**Vornehmster
Familien-Aufenthalt.**
Täglich:
Gr. Theater-Vorstellung.
Auftritte sämtl. Spezialitäten.
Anfang — Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Wochentags 20 Pf.
Entrée — Sonntags 30 Pf.
R. Winkler.

Adolph Ernst-Theater.

Heute:
Charley's Lante.
Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt
von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.



**Passage-
Panopticum.**
Die
Glocke
von Fr. v. Schiller.
Musik von Romberg.
Dargestellt in
15 lebend. Bildern.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
Kelt. u. größt. Etablissement Berl.
Täglich bei freiem Entree
abwechslndes Programm
der österreichischen Damenkapelle
„Dittl“
in kleinarussischen Nationalkostümen.
Auftritte von
**Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges,**
sowie Auftritte der nordamerikanisch.
Negergesellschaft **Mr. Brown.**
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Regeltischen. 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.
C. Koch, jr. Gambirius.
**Säle für Versammlungen
und Festlichkeiten**
sind noch an verschiedenen Tagen
zu haben.

„Sanssouci“

Kottbuserstr. 4a.
Donnerstag, den 12. April:
4000. Soirée
der
**Stettiner Sänger
in Berlin.**
Grosses
Doppel-
Konzert.
Fest-
Programm.
u. u.:
Begrüßungs-Chor
an das Publikum.
Ort leit. von Menzel.
Ein Abend bei den Stettiner Sängern,
Humoreste für großes Orchester,
arrangiert von Neumann-Bliemchen.
Anfang der Konzert-Musik 7 1/2 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Im Vorverkauf, wie immer, 40 Pf.
Nach der Soirée:
Tanzkränzchen
bei vollem Orchester.
Freitag: **Viktoria-Brauerei.**

Castan's Panoptikum.

Im 9. Kreise der Hölle:
Der Antich a. d. Kaisermeier.
Elite-Damenkapelle Austria.
Circus Renz.
(Harkstraße.)
Donnerstag, den 12. April 1894,
Abends 7 1/2 Uhr:
Ein Künstlerfest.
Neue Einlagen. Ballet v. 100 Damen.
Kinderorchester. Gr. Pracht-Feuerwerk.
Anderem: Der schreckliche Hengst
Blondel u. Monstre-Tableau von 60
Pferden, vorgef. von Herrn R. Renz.
Grande Quadrille de la haute equi-
tation. Die Springsperde Parthenia
u. Paris, ger. v. Frau Renz-Stark u.
Hr. Oceana Renz. Die Lustgymnastiker
Gehr. Wortley u.
Freitag: Ein Künstlerfest
Sonnabend: Benefiz für Herrn R.
Renz u. Familie.
Fr. Renz, Direktor.
Musik-Instrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-
mente, Spielzeug zum Drehen u. selbst-
spielend. Musik-Automaten fertigt
Aug. Kessler, Fasanstr. 51.

Seinem Freunde Gustav Sack zum
heutigen Wiegenfeste ein dreimal d.
Hoch. D. außen. h. N.

Allen Freunden und Bekannten zur
Nachricht, daß am Montag, den 9. d.,
früh 8 Uhr, unser liebe Nefte, Kousin
und Bräutigam der Sattler 2909b
Hermann Mutschke
in seinem 26. Lebensjahre verschied ist.
Die Beerdigung findet am Donner-
stag, den 12. d. Mts., Nachm. 4 Uhr,
vom Krankeuhause am Arban nach dem
neuen Thomas-Kirchhof in Britz statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zentral-Kranken- u. Sterbelafte der Tischler u. s. w.

Oertliche Verwaltung Berlin N.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Arbeiter
Friedrich Schulz
am Montag, den 9. d. M., im Alter
von 48 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donner-
stag, den 12. d. M., Nachmittags 6 Uhr,
von der Reichenhalle des Emmaus-
Kirchhofes aus statt. 307/3
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des sozialdemo-
kratischen Arbeiter-Bildungs-
vereins von Adlershof zur Nach-
richt, daß das Mitglied, der Hutmacher
Louis Fischer
am Herzschlag plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag
Nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause
Oppenstr. 1 statt. 2935b
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des
**Unterstützungsvereins
Deutscher Hutmacher
(Filiale Berlin)**
zur Nachricht, daß der Kollege
Louis Fischer
plötzlich am Herzschlag gestorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag, Nach-
mittags 5 Uhr, vom Trauerhause in
Adlershof, Oppenstr. 1 aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
175/10 Der Vorstand.
NB. Abfahrt pünktlich 3 Uhr Nach-
mittags vom Alexanderplatz (Bahnhof).
Mit Gruß G. Kempe.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 10. April, Nach-
mittags 2 1/2 Uhr, starb plötzlich am
Herzschlag im 47. Lebensjahre mein
lieber Mann und unser guter Vater,
der Hutmacher 2934b
Louis Fischer.
Die Beerdigung findet am Freitag,
den 13. d. M., Nachm. 5 Uhr, vom
Trauerhause Oppenstr. 1 aus statt.
Dies zeigt allen Parteigenossen,
Freunden und Bekannten tiefbetrübt an
Adlershof, 11. April 1894.
Die trauernde Wittve und Kinder.

Todes-Anzeige.

Am Montag Vorm. 10 1/2 Uhr ver-
starb nach kurzem Krankenlager an der
Proletarierkrankheit meine gute, brave
Frau, unsere liebe Mutter **Pauline
Steinberg** geb. Gräner. 2924b
Die Beerdigung ist am 13. April,
Nachmittags 4 Uhr, vom Städtischen
Krankeuhause am Friedrichshain aus.
Um fülles Beileid bittet der trauernde
Gatte nebst Kindern **Louis Steinberg,**
Lilienthr. 18.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß unser kleiner
Liebling 2920b

Mietze Winkler

genannt **R o s m a n n** nach kurzen aber
schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Freitag,
den 13. d. M., Nachmittags 4 Uhr,
vom Trauerhause Nollendorferstr. 4,
nach dem Neuen Schöneberger Kirch-
hofe aus statt.
Um fülles Beileid bitten die tiefbetrübt
Eltern **Louis Rohmann** und Frau
und Geschwister.

Achtung!

Die Besucher der letzten Volksver-
sammlungen mit dem Thema:
Sozialdemokratie u. Staatsreligion
werden hiermit darauf hingewiesen,
daß die angeforderte öffentliche Ver-
sammlung des **ersten Wahlvereins**
mit demselben Thema heute in
Scheffer's Salon, Inselstr. 10,
stattfindet. 2929b
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Pfandlohe Rose, Oranienburger-
strasse 55, part.

Aleiderspind, Vertikow, Muschelbett-
stellen, Spiegel billig
Cranienstr. 153, III.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis. Oeffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 12. April, Abends präzis 8 1/2 Uhr, im Lokal
„Scheffer's Salon“, Inselstraße 10.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Sozialdemokratie und Staats-
religion“. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Dis-
kussion, Mitteilungen, Broschüren-Verteilung.
Gäste beiderlei Geschlechts haben Zutritt. 370/19
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule

Sonntag, den 22. April, Nachmittags 1 Uhr:
Sonder-Vorstellung in der „Arania“.
„Das Wunderland der neuen Welt.“ 455/7
Billets à 50 Pf. sind zu haben in der Nordschule, Müllerstr. 179a;
Südost-Schule, Waldemarstr. 14; bei Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a;
Windhorst, Junkerstr. 1, und bei Mamlock (früher Gumpel), Barnimstr. 42.

Achtung! Former. Achtung! Sonnabend, den 14. April, Ab. 8 Uhr, in den Germania- Pracht Sälen, Chausseest. 103:

2. Stiftungsfest
des Zentralverbandes deutscher Former,
sowie aller in Eisen- und Metallgewerben beschäftigten Arbeiter.
Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen.
154/19 Das Komitee.

Maurer! Achtung! Maurer! General-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und Umgegend
am Sonntag, den 15. April, Vorm. 10 Uhr, bei **Grohnow, Sebastianstr. 39.**
Tages-Ordnung: 1. Neuwahl des gesamten Vorstandes.
2. Ergänzungswahlen der Revisoren und des Ausschusses. 3. Abrechnung
vom Maskenball. 4. Vereinsangelegenheiten. 476/9
Mitgliedsbuch legitimiert. Kollegen! Eingetretener Verhältnisse
halber muß diese Versammlung pünktlich um 10 Uhr eröffnet werden. Wir
bitten die Mitglieder, dieses zu beachten. Kollegen, welche dem Verein bei-
treten wollen, können sich in dieser Versammlung einschreiben lassen.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung Freien Vereinigung der Kutsher

Berlins und Umgegend
Freitag, den 13. April 1894, Abends 10 Uhr,
im Lokale des Herrn **Johi, Andreassstraße 21.**
Tages-Ordnung: 1. Wie verbessern die Kutsher ihre Lage?
Ref.: Reichstags-Abgeordneter **H. Schmidt.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden in dieser Versammlung aufgenommen. Um
recht zahlreiches Erscheinen ersucht
143/12 Der Einberufer. **H. Schulz, Faldensteinstraße 17.**

Buchhandlung des „Vorwärts“ Berlin SW., Genthstr. 2.

Neu erschienen:
Zweite Auflage
von
Antisemitismus und Sozialdemokratie.
Von **A. Bebel.**
— Preis: 20 Pfg. Porto 3 Pfg. —

Internationales aus dem „Volksstaat“ (1871—1875).

Von **Friedrich Engels.**
72 Seiten 8° Preis 30 Pf. — Porto: 5 Pf.
Inhalt: Vorwort. — I. Abnormal Herr Vogt (1871). — II. Die
Bakunisten an der Arbeit (1873). — III. Zwei Pflichtlings-
kundgebungen: a) Eine polnische Proklamation (1874).
b) Programm der blanquistischen Kommunehüchlinge. —
IV. Soziales aus Russland 1875. — Nachwort hierzu 1894.

Gegen den Militarismus.

Von
A. Bebel und W. Liebknecht.
56 Seiten Großoktav mit Umschlag.
Preis einzeln 10 Pf., Porto 3 Pf., in Partien 6 Pf., franko.

Wider Gottes- und Bibelglauben.

Zwei Schriften von **Dr. A. Douai.**
I. ABC des Wissens für die Denkenden. II. Eine Antwort
an die Belenner des Theismus.
Preis 30 Pfennig. Porto 5 Pfennig.
Um den Bestellern die Nachnahmegebühren zu ersparen,
bitten wir bei kleineren Bestellungen den Betrag der Bestellung
gleich beizufügen, bei größeren per Postanweisung vorher ein-
zusenden. 448/6

Schnitz. Zähne schmerzlos eingeseht, feststehend. Reparaturen sofort. Weniger
Benutzte Gemüßigung. **Kroslawski, Spittelmarkt 18.**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

79. Sitzung vom 11. April 1894, 1 Uhr.

Am Bundesrat: Niederding.
Der erste Gegenstand der Tagesordnung, Fortsetzung der Beratung auf Abänderung des Handelsgesetzbuchs (Kündigungsfrist der Handlungsgehilfen) wird auf Antrag Singer wegen der schwachen Beteiligung des Hauses (es sind etwa 40 Mitglieder anwesend) hinter die Verhandlungen über die gleichfalls auf der Tagesordnung stehenden 13 Berichte der Wahlprüfungs-Kommission zurückgestellt.

Die Prüfung der Wahl des Abg. Wamhoff wird auf Antrag von Marquardsen an die Kommission zur schleunigen ergänzenden Berichterstattung zurückverwiesen.

Die Wahl des Abg. Dasse (Leipzig-Stadt) wird für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Greif (Köln-Stadt) ist angefochten worden, weil durch die Einverleibung der Vororte Köln der Wahlkreis eine veränderte Gestalt erhalten hat, die Veränderung der Wahlkreisgrenzen aber durch Gesetz nicht festgestellt worden ist. Da die Wahl in dem durch die erwähnte Verwaltungsmaßnahme veränderten Wahlkreis stattgefunden hat, beantragt die Kommission, die Entscheidung über die Gültigkeit auszusprechen und den Reichsanwalt zu ersuchen, durch Vermittlung der preussischen Staatsregierung die ursprüngliche Grenze des Wahlkreises Köln-Stadt, sowie die Zahl der in den einzelnen, von der Grenzveränderung betroffenen Wahlbezirken zur Wahl Berechtigten nach den ursprünglichen Bezirksbeständen getrennt feststellen und dem Reichstage die entsprechende Mitteilung zugehen zu lassen.

Ohne Debatte wird demgemäß beschlossen.
Die Wahlen der Abg. Weber (Oberbayern) und Preis (Kolmar) werden für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Krupp wird beanstandet und die Veranlassung von Erhebungen über die behauptete Beeinträchtigung der Wahlfreiheit und Verletzung des Wahlgeheimnisses durch Vernehmung einer außergewöhnlich großen Zahl von Wahlvorständen und Protestzeugen beschlossen.

Beanstandet werden ferner die Wahlen der Abgg. Külich (Schwarzburg-Rudolstadt), v. Gerlach (Köln), Müller (Dortmund), Bantleon (Wim), Siegle (Stuttgart) und Büttcher (Waldeck); es soll Beweis über die behaupteten Unregelmäßigkeiten und Wahlbeeinträchtigungen erhoben werden.

Die Wahl des Abg. Daperlein (Bayreuth) wird für gültig erklärt.

Hierauf geht der Reichstag auf die Fortsetzung der zweiten Beratung des Antrages Schröder und Genossen auf Abänderung des Handelsgesetzbuchs zurück. Nach dem Antrag Schröder sollten die vereinbarten Kündigungsfristen für beide Teile gleich und entgegengesetzte Vereinbarungen nichtig sein. Abg. Singer hat beantragt, daß die Kündigungsfrist mindestens 1 Monat betragen und auf den ersten jedes Kalendermonats gestellt werden sollte.

Abg. von Buchta hatte eine andere Formulierung beantragt, wonach die Kündigungsfrist für beide Teile gleich sein und die vertragmäßige Kündigungsfrist nicht weniger als vier Wochen betragen soll; nach demselben Antrage sollen die vorstehenden Bestimmungen nicht Platz greifen, wenn die Beendigung des Dienstverhältnisses zu einem bestimmten Zeitpunkt vereinbart ist.

In der letzteren Fassung wird der erste Absatz des Antrages Schröder nach Ablehnung des Antrages Singer angenommen. Die ferneren Bestimmungen des Antrages Schröder:

„Wenn Abgang können die Handlungsgehilfen ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Handlungsgehilfen auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszuweihen“ werden unverändert angenommen.

Damit ist der Antrag Schröder erledigt. Abg. Singer beantragt ferner zu Art. 60 des Handelsgesetzbuchs folgenden Zusatz: Vereinbarungen, welche dieser Bestimmung zuwiderlaufen, sind nichtig.

Abg. Singer (Soz.): Der Artikel 60 des Handelsgesetzbuchs lautet wie folgt: Ein Handlungsgehilfe, welcher durch unverschuldetes Unglück an seine Dienste zeitweise verhindert wird, geht dadurch seiner Ansprüche nicht verlustig; doch hat er nur auf 6 Wochen Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts. Diese Bestimmung ist durch Vertrag in einer Menge von Fällen für Handlungsgehilfen illusorisch gemacht worden. Man darf doch die jungen Leute nicht schlechter stellen als die anderen jungen Leute, welche der Versicherungsspflicht durch das Krankenlastengesetz unterworfen sind; diejenigen aber, welche mehr als 2000 M. Gehalt haben, sind nicht krankensicherungsspflichtig. Es könnte allerdings durch Ordonnanz ein Zwang zur allgemeinen Krankenversicherung ausgesprochen werden, aber hiervon ist bisher in

keinem Falle Gebrauch gemacht worden, wie denn überhaupt die freiwillige Thätigkeit der Gemeinden auf dem sozialpolitischen Gebiet alles zu wünschen übrig läßt. Ist der Reichstag entschlossen, auf diesem Gebiete überhaupt eine Aenderung vorzunehmen, so sollte er auch diesen Antrag annehmen. Bei der vorigen Beratung hat der konservative Abg. v. Buchta dem Antrage zugestimmt, hoffentlich wird er auf diesem Standpunkte heute stehen bleiben.

Abg. v. Buchta (Dl.) wiederholt, daß er dem Antrage zustimmen werde.

Abg. Schröder hat zwar für die Tendenz des Antrages große Sympathien, hält denselben aber in seinen Konsequenzen für nicht unbedenklich und kann einstweilen für ihn nicht stimmen.

Der Antrag Singer wird angenommen.

Abg. Spahn beantragt nach folgenden Zusatz: Auf Antrag des Handlungsgehilfen hat die Ortspolizeibehörde das Zeugnis kosten- und stempelfrei zu beglaubigen. Der Antragsteller führt aus, daß er die sämtlichen Bestimmungen über die Zeugnisausstellung als besonderen Art. 64a in das Handelsgesetzbuch aufnehmen für das Nützliche hält, damit die hierin den Handlungsgehilfen zugebilligten Rechte auch den Handlungsgehilfen zugute kommen sollen. Die definitive Ordnung der Sache werde in der dritten Lesung vorzunehmen sein.

Der Antrag Spahn wird darauf angenommen.

Auf der Tagesordnung steht ferner die zweite Beratung der vom Zentrum beantragten Abänderung der Konkursordnung. Abg. v. Bennigsen beantragt zur Geschäftsordnung diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzulehnen. Die Kommission habe für denselben 23 Sitzungen gebraucht und eine Anzahl ihrer Beschlüsse nur mit verschwindender Mehrheit gefaßt. Hervorragende Juristen des Hauses hätten ihm berichtet, daß man diesen Gegenstand nur in Tage langer Beratung erledigen könne. Dazu sei das Haus in dieser Session nicht mehr in der Lage.

Abg. Hintelen (Z.) widerspricht diesem Antrag; man möge doch den Gang der Verhandlungen im Plenum erst abwarten.

Durch eine aus der Linken (inkl. Nationalliberale) und der Reichspartei bestehenden Mehrheit wird der Antrag Bennigsen angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Handelsvertrag mit Uruguay, Abkommen mit der Schweiz betreffend gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz. Vorlage betreffend die Abzahlungsgeschäfte; sämtliche in dritter Lesung; zweite Beratung der Novelle zur Konkursordnung (Vorrecht des Vermieters).)

Abg. Riedert kündigt an, daß er morgen am Schluß der Tagesordnung in Uebereinstimmung mit dem Antragsteller vorschlagen wird, den Antrag des Grafen Kanig betreffend das Getreidemonopol auf die Tagesordnung vom Freitag zu setzen. (Sehr gut! bei den Deutschkonservativen.)

Abgeordnetenhause.

46. Sitzung vom 11. April 1894, 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Miquel, Thielen und Kommissarien.

Die Beratung des Eisenbahn-Etats wird fortgesetzt.

Das Haus geht über mehrere zum Titel „Unterhaltung der Bahnanlagen“ gehörige Petitionen zur Tagesordnung über.

Der Gemeindevorstand von Nummelsburg ist wegen Verletzung von Schienenübergängen in Nummelsburg durch Unterführung der Verbindungsstraße Berlin-Nummelsburger Chaussee unter die Weileise der Ost- und Schleifischen Bahn vorstellig geworden.

Die Petition wird zur nochmaligen Prüfung an die Kommission zurückverwiesen.

Bei den Ausgaben für die Unterhaltung der Betriebsmittel beschwert sich

Abg. Fuchs (Z.) darüber, daß bei der Werkstätte zu Witten an der Ruhr ein Konsumverein eingeführt ist, welcher in den Werkstättenräumen untergebracht ist; es würde allerdings Mietgehalt, aber nur 144 M. für einen Raum von 1500 M. Mietwert. Betriebssekretäre führen die Geschäfte, und andere Beamte werden von diesen Konsumvereinen ebenfalls beschäftigt. Entgegen dem Verbot, geistige Getränke in die Werkstätte zu bringen, hat der Konsumverein seinen Absatz an Bier erheblich ausgedehnt, worüber sich die Arbeiterfrauen vergeblich beschwerten.

Minister Thielen: Die Einzelheiten kenne ich nicht, ich will sie aber untersuchen lassen. Die Konsumanstalt war eine soziale Notwendigkeit, da die Verhältnisse von Wirtshäusern förmlich umstülzt wurde. Diese Wirthe werden wohl die Beschwerde angebracht haben. Die Erfahrung machte es notwendig, die Arbeiter und Beamten zusammenzuschließen und

eine Genossenschaft zu gründen. Der Konsumverein hat eine rege Theilnahme gefunden ohne jeglichen Druck seitens der Vorgesetzten.

Abg. Hammacher (ntl.) hält es für unberechtigt, daß Konsumanstalten direkt oder indirekt staatlich unterstützt werden. Die Konsumvereine haben eine Entwicklung genommen, die man beim Erlaß des Genossenschaftsgesetzes nicht voraussehen konnte. Sie haben sich geradezu zu sozialistischen und kollektivistischen Unternehmungen herausgebildet und schädigen die freien Gewerbetreibenden in sehr bedenklicher Weise.

Im übrigen werden die laufenden Ausgaben ohne weitere Debatte genehmigt.

Die einmaligen Ausgaben umfassen 83 Titel, die meist ohne Debatte genehmigt werden.

Bei den Ausgaben zur Erweiterung des Bahnhofes Tempelhof fragt Abg. Ring (L.) an, ob die Unterführung der Chaussee beim Bahnhof Tempelhof verbreitert werden solle infolge des gesteigerten Verkehrs, dessen Steigerung namentlich auch die Militärverwaltung verursacht habe.

Ministerialoberbaudirektor Schröder erklärt, daß die Eisenbahn-Direktion angewiesen sei, sich mit der Gemeinde wegen der Theilnahme an den Kosten der Erweiterung der Unterführung in Verbindung zu setzen.

Im übrigen werden die einmaligen Ausgaben ohne erhebliche Debatte genehmigt.

Damit ist die Beratung des Eisenbahnetats erledigt. Die Berichte über die Verhandlungen des Landes-Eisenbahnraths über die Ergebnisse des Betriebes der Staatsbahn und die Vornauführungen werden durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die Beratung des zurückgestellten Titels aus dem Etat des Kultusministeriums: „Für medizinisch-polizeiliche Zwecke (einschließlich 90 000 M. zur Beilegung der Kosten der sanitäts-polizeilichen Kontrolle bedarfs Abwehr der Cholera) 118 500 M.“

Die Kommission beantragt die Bewilligung des Titels; freitig war bei dieser Frage die Einnahme, welche aus Gebühren entfiel, die den Flößern für die Desinfektion auferlegt wurden.

Abg. von Unruh-Bromberg (St.) erklärt sich dadurch für befriedigt, daß den Interessenten nur ein Drittel der Kosten auferlegt werde. Damit würden die Interessenten immer noch mehr zufrieden sein, als wenn ihr Betrieb ganz verboten würde wegen der Choleraepidemie.

Nach längerer Debatte wird der Titel genehmigt.

Damit ist die zweite Beratung des Etats erledigt. Es folgt die zweite Beratung des Etats- und des Anleihegesetzes; beide werden angenommen mit einem Zusatz, den die Abg. von Jedlich und Olgem beantragt haben, wonach die bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben nachträglich genehmigt werden.

Der Minister Miquel hatte sich mit diesem Antrage einverstanden erklärt.

Ohne Debatte wird der Nachtragetat wegen der Reorganisation der Eisenbahnverwaltung in zweiter Beratung genehmigt.

Der Gesetzentwurf, betreffend Regelung der Verhältnisse der bei der Umgestaltung der Eisenbahnbehörden nicht zur Verwendung gelangenden Beamten wird der Budgetkommission überwiesen.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Erste Lesung des Kirchengesetzes.)

Tokales.

Staubfreie Müllabfuhr. Wenn ein gewissenhafter Lokalchronist kommenden Geschlechtern die Schauernd übermittelte, daß im Jahre des Heils 1894 in Berlin die tägliche Müllabfuhr noch in der Weise besorgt wurde, daß während der Tagesstunden ein abenteuerlicher hölzerner Kastenwagen vor die Häuser fuhr, zwei mit Urath bedeckte Arbeiter den mit Müll und Asche, Papier, Stroh, Scherben, Lumpen und sonstigen lieblichen häuslichen Abfällen gefüllten „Müllkasten“ von den Höfen der Wirtshäuser auf die Straße schleppten, diesen Müllkasten auf den Bord des Kastenwagens hoben und, ihn umklappend, seines Inhaltes entleerten, den Passanten und Anwohnern der Straße einen unheimlichen Anblick, einen elken Duft und einen widerwärtigen Staub bereitet, dann werden sich unsere Nachkommen höchstwahrscheinlich fragen: Wie war es doch möglich, daß in Berlin am Ende des 19. Jahrhunderts noch derartige primitive Zustände sich eines beschaulichen Daseins erfreuen konnten? Wie kam es doch, daß die hochweisen Väter der Stadt, welche einen Stadtbaurath hobrecht, den Erbauer der Kanalisation, den Jhren nannten, welche an der Spitze der städtischen Straßenreinigung einen Schloßky als Direktor hatten, die durch Forderbeden, Ententeiche und ardem schöne Dinge die

Soziale Kämpfe vor dreihundert Jahren.

Der Doppeltitel des vorstehenden Buches, mit dem uns Schoenlant vor einiger Zeit beschenkt hat, (Soziale Kämpfe vor dreihundert Jahren. Altmärkische Studien. Leipzig, Dunder und Humblot, 1894) ist leider irreführend und daher nicht gut gewählt. Die ungelehrte Reihenfolge seiner beiden Teile würde besser und genauer den Gegenstand dieser Studien bezeichnen. Denn der Verfasser giebt uns keineswegs eine Darstellung der sozialen Kämpfe, wie sie das 15. und 16. Jahrhundert bewegten, sondern führt uns, auf ein reiches und sorgfältig benutztes Quellenmaterial gestützt, nur ein Bruchstück, den von der Nürnberger Gesellschaft gegen den Rath und die Meister der Stadt Nürnberg geführten Kampf in anschaulichen Bildern vor.

Altmärkisches Gesellenleben! — daß der Verfasser gerade dieses zum Gegenstand seiner Studien gemacht hat, dafür sind im wesentlichen zwei Gründe für ihn bestimmend gewesen: die Bedeutung Nürnbergs als Gewerbestadt, als ein Hauptstich des Handels, wo Kaufmannskapital und Handwerk sich zur höchsten Blüthe entwickelten, wo das wirtschaftliche und das geistige Leben in kräftigen Schlägen pulsrte und die reiche Fülle und sichere Ueberlieferung des sozialgeschichtlichen Stoffes. In der Geschichte der Verarbeitung des reichen archivalischen Materials für die Nürnberger Gesellenbewegung beruht der Werth des Buches; das was über die Gesellenbewegung im Allgemeinen gesagt ist, bringt im wesentlichen nichts Neues, so daß das Buchlein durch eine Streichung dieser Partien and eine Beschränkung auf die Nürnberger Verhältnisse ein festeres Gefüge wohl zu seinem Vortheil gewonnen hätte. Wie es schon der Doppeltitel zum Ausdruck bringt, versucht das Buch einen doppelten Zweck zu erfüllen: In großen Zügen das Allgemeine, Gattungsmäßige in der Gesellenbewegung kurz darzustellen und die einzelnen Momente derselben im besonderen an der Nürnberger Gesellenbewegung zu verfolgen. Gerade dafür scheint uns aber Nürnberg nicht geeignet gewählt zu sein — gerade wegen der Eigenartigkeit der letzteren, die Schoenlant selbst an anderen Punkten (S. 6 u. 146) hervorhebt und ausführ-

lich (S. 5—11) darstellt. In Nürnberg, wo es den Geschlechtern gelingen war, das Steuer des Stadtstaates gegenüber den Angriffen der Handwerker in ihrer Hand zu behalten, „hat es niemals Fünfte gegeben“. Der leitende Gedanke der Handwerkerpolitik des Raths war die strenge Unterordnung der Handwerker, die er durch das Nugsamt nach seinem Ermessen leitete, und denen gegenüber er lange Zeit an einer gewissen Gewerbefreiheit festhielt. Diese Thatsache muß aber der Nürnberger Gesellenbewegung auch notwendiger Weise einen ganz besonderen Charakter aufdrücken. Der Kampf um die Selbständigkeit der Gesellenverbände muß sich in erster Linie zwischen Meister und Gesellen abspielen, denn folgerichtig duldet die Stadtverwaltung selbständige Gesellenverbände ebensowenig, wie die Fünfte der Meister. Und in der That erzählt uns Schoenlant auch fast durchgängig nur von Streitigkeiten zwischen dem Rath und den Gesellen, von Rathverordnungen, seinen Versuchen, die Gesellenbewegung zu unterdrücken u. s. w. Ein zweiter Punkt, der die Sonderstellung Nürnbergs noch verstärkte, war die Sperrung einer ganzen Reihe von Handwerken, besonders solcher des Metallgewerbes (S. 178, Anm. 312) in der Absicht, die Produktion für den großen Markt zu monopolisieren. Wie diese Sperrung mit dem Verbot der Wanderschaft auf die Gesellen der betreffenden Gewerke und ihr Verhältnis zu den Meistern gewirkt hat, dafür lese man bei Schoenlant S. 135, 136 nach.

So mußte denn auch die Entwicklung der Altmärkischen Gesellenbewegung eine eigenartige sein — und mit der vortrefflichen Darstellung derselben hat Schoenlant ohne Zweifel eine gute Ladung „echter“ Waare für die Klasse der arbeitenden Klasse in Deutschland herbeigeschafft, aber doch nur solche, die zur Ausrichtung eines speziellen Nebenzweigs des großen Gebäudes dienen könnten.

Drei große Perioden unterscheidet Schoenlant in der Geschichte der Altmärkischen Gesellenbewegung. Die eine, vom 14. bis zum Niedergang des 15. Jahrhunderts umfaßt die ersten kräftigen Emanzipationsversuche der Gesellen. In der zweiten vom Ende des 15. bis zur ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts „entfaltet sich die Gesellenbewegung zu reichem Leben“; siegreich behaupten die Gesellen ihre Forderungen gegenüber Rath und Meisterschaft, bis sie seit 1578 in den Gesellenordnungen kodifiziert werden. Im dreißigjährigen Kriege wird die Machtstellung der Reichsstadt vernichtet;

mit der Entdeckung Amerika's und der Seewege nach Ostindien verlor der Handel Nürnbergs seine Bedeutung; nach dem Verfall des Handwerks versiel auch die Gesellschaft.

Ihren Ausgang nahmen die Versuche der Gesellen, sich zu koaliren, von den Bruderschaften, die ursprünglich sowohl Meister wie Gesellen umfaßten. Erst als der Gegensatz zwischen den beiden sich herauszubilden anfing, schieden auch die Gesellen aus den gemeinsamen Bruderschaften aus, um eigene für sich zu gründen. Schoenlant beginnt gleich mit den Gesellenbruderschaften, aber die Beispiele, die er anführt, um die Politik des Nürnberger Raths dem Handwerk gegenüber zu zeichnen, sind mit einer Ausnahme gemischte Bruderschaften, in denen also auch das Streben der Gesellen nach besonderer Organisation nicht zum Ausdruck kommen konnte. Diese Bruderschaften, die dann später den Stürmen der Reformation erliegen, sind vielmehr, wie Schoenlant selbst sagt (S. 25), eine lästige Fessel für die Gesellen, die sie mit den Meistern verknüpfte, und die Gesellen fanden ihren Untergang gleichgiltig gegenüber, da eben der Gegensatz zwischen ihnen und den Meistern schon damals sich so weit entwickelt hatte, um eine Sonderorganisation für die Gesellen notwendig zu machen. Es ist besonders die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts, in der sich dieser Gegensatz herausgebildet hat. Die Handwerksmeisterschaft wird, von den Ansätzen der modernen Produktionsweise bedroht, erklüft, sie sucht sich im Besitz des Erworbenen durch Ausschluß unangenehmer Konkurrenten zu festigen. Je mehr ferner die Größe des Unternehmens wuchs, die zu einem gewinnreichen Betriebe notwendig war, desto mehr bildete sich auch ein natürlicher Gegensatz zwischen den reicheren und den Kleinmeistern heraus, von denen die letzteren nach und nach von selbständigen Unternehmern zu Stückwerkern, zu Heimarbeitern im Dienste eines reichen Handwerksgenossen herabfielen. Es lag natürlich in dem Interesse der Kleinmeister, einmal das Aufkommen dieser Hausindustrie nach Kräften zu verhindern, und dann durch Schlitzen und Sperrten des Handwerks die Zahl der Meister möglichst zu beschränken. Zu gleicher Zeit gerieth das Handwerk auch in Abhängigkeit von der Kaufmannschaft, die in und bei Nürnberg die Entwicklung von Hausindustrien förderten. — In doppelter Weise wirkt nun diese stetig sich steigende Exklusivität

Interessen der Bürgerchaft in so vortrefflicher Weise zu fördern wüßten, sich so wenig grüßlich haben, diesem eifertigen Wirthschaftler ernsthaft zu gehen? Wie kam es doch weiter, daß die hochwohlwollende Berliner Polizei, welche so fürsorglich über die Berliner Bürgerchaft wacht und allezeit schlagfertig jedes Unheil von ihr abwandt, sich darauf beschränken konnte, zu dekretiren, daß die vorerwähnten Müllwagen mit verschlußfähigen Deckeln versehen sein müssen, welche Vorschrift gegen früher kaum einen Kulturfortschritt bedeutete, da diese Deckel nur selten geschlossen waren, nie aber, wenn die Wagen bis zum Ueberlaufen mit Unrath gefüllt waren? Wie kam es doch weiter, daß in der glänzenden Zeit des Egoismus, dieser, wie behauptet wurde, alleinigen Grundursache jeglichen Kulturfortschritts, der eifertige Menschengeist sich nicht auch auf dem Gebiete der Berliner Müllabfuhr bethätigte und durch neue Erfindungen Profite zu erjagen trachtete? Die Beantwortung der beiden ersten Fragen müssen wir dem gewissenhaftesten Lokal-Chronisten schon selber überlassen, bezüglich der letzteren Frage können wir unseren Lesern im Vertrauen verrathen, daß sich thatsächlich der eifertige Menschengeist auf dem Gebiete der hiesigen Müllabfuhr versucht und bethätigt hat. „Etablisirte Müllabfuhr“, das war eine Zeit lang das Lösungswort und es entstanden mehrere Systeme der hiesigen Müllabfuhr (das eine löst das Problem einfach durch Tausch der gefüllten eisernen Müllkästen auf den Böden der Miethelassen mit leeren und Abfuhr der gefüllten gefüllten Kästen; das andere löst das Problem dadurch, daß die gefüllten gefüllten Müllkästen durch einen entsprechenden Mechanismus der Böden in den gleichfalls gefüllten Wagenlasten auf der Straße entleert werden.) Wir haben beide mit eigenen Augen funktioniren sehen und uns überzeugt, daß diese Art der hiesigen Müllabfuhr gegen die so lange beliebte Art einen großen Fortschritt bedeutet. Auch Herr Direktor Schlichty hat ein „System“ erfunden, eine Müllabfuhr vermittelt händlicher Eide, welches aber unser Wissen keine Aussicht auf praktische Verwendung hat. Wie kommt es nun aber, so sind wir berechtigt zu fragen, daß die beiden anderen Systeme trotz ihrer augensichtlichen Vorzüge das mittelalterliche System noch nicht verdrängt haben, ja daß man diesen, wir möchten fast sagen, eleganten Erfindungen so wenig in den Straßen Berlins begegnen, und wenn — fast ausnahmslos in den besseren Stadtvierteln? Nun, die Beantwortung dieser Frage ist nicht schwer. Die Müllabfuhr nach altem wie nach neuem System ist Privatunternehmung auf Kosten der — Hausbesitzer. Natürlich holen sie die Deckung für die Kosten der Müllabfuhr wie für alle anderen Kosten aus den Taschen der Miether. Das hindert sie aber nicht, um eine größere Profitrate herauszuschlagen, die Kosten des Hauses so gering wie nur immer möglich zu gestalten. Und da das alte System der Müllabfuhr sich billiger stellt als die neuen Systeme, so bleiben die Hausbesitzer natürlich hübsch beim alten und so kommt es, daß nach wie vor die eifertigste Müllabfuhr in den Straßen Berlins sich vollzieht, zum höheren Ruhme des seinem Ende entgegengehenden 19. Jahrhunderts! Und diese idyllischen Zustände werden so lange konservert werden, bis ihnen eine höhere Gewalt ein Ende bereitet. Das für ein derartiges beschleunigtes Ende das höchste Bedürfnis vorliegt, wer wollte dies bestreiten? Jedenfalls liegt und lag hierfür ein weit größeres Bedürfnis vor, wie für manches andere, z. B. für Einführung weiß lackirter Droschkenkutschhäute!

Stierfleisch und tierische Thiere. Eines der bei bürgerlichen Philanthropen beliebtesten Mittel zur Lösung der „sozialen Frage“ bilden die Surrogate, mit denen das arbeitende Volk für die Gemüthe entschädigt werden soll, die es sich nicht leisten kann, die aber bei alledem selbst von den Weisen der Bourgeoisie zur Erhaltung des Proletariats als Ausbrennungsobjekt für notwendig erachtet werden. Von der Wahrheit, daß eine kräftige und intelligente Arbeiterbevölkerung selbst im bürgerlichen Klassenstaate dem Gemeinwohl und im gewissen Sinne auch den ausbrennenden Klassen am zweckdienlichsten sein muß, wollen natürlich die patentirten Geistesverfechter der Bourgeoisie nichts wissen, weil sie dann gleichzeitig anerkennen müssen, daß die Forderungen, welche die klassenbewußte Arbeiterschaft an die heutige Gesellschaft stellt, nicht allein berechtigt, sondern auch zu einer friedlichen Lösung der sozialen Frage, zu einer friedlichen Ablösung der alten Gesellschaft durch die neue notwendig wären. Nichts jagt aber den Weisen der Bourgeoisie selbst im kapitalistischen Musterstaate England z. B. mehr Schrecken ein, als die bekannten drei Aicht, mit welchen die Arbeiterschaft in der Gegenwart schon ihr Dasein wenigstens amühernd erträglich gestaltet: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung und acht Schilling (Mark) Lohn für den Arbeitstag. Das darf nicht sein, und da sagt man sich denn hin und bereitet dem Proletariat Surrogate, die mehr oder weniger für acht gehalten werden sollen und es so lange über die irdischen Leiden hinwegzusehen bestimmt sind, bis es aus dieser sündigen Welt der Begehrlichkeit erlöst ist, und im Himmel reichliche Entschädigung für das Entbehren der Gemüthe findet, die hernieden einzig für die nun einmal zum Gemeinwohl anderwärts Bourgeoisie bestimmt sind. In die Kategorie dieser Surrogate gehören die Dödel'schen Pfaffenrezepte, nach denen sich der Arbeiter für 30 Pfennige pro Tag mit Würst-

bräde und Quetschkartoffeln nähren soll, in diese Kategorie gehören die Schmerzenslieder der Frau Lina Morgenstern und noch sonst mancherlei schöne Dinge, von denen wir heute eines betrachten wollen, das, wie wir vorausschicken, zu den besseren gehört und weil es neu, am meisten Aufsehen und nothgedrungen Zuspruch unter einem Theil des Berliner Proletariats gefunden hat.

Auf dem hiesigen Zentral-Viehhof wird seit kurzer Zeit das Fleisch von tuberkulösen Kindern und Schweinen im gekochten Zustande verkauft. Ein Pfund gekochtes Schweinefleisch kostet 40 Pfennig und ein Pfund gekochtes Rindfleisch gar nur 30 Pfennig. Abnehmer finden sich in Menge und wie man munkelt, sollen nicht allein Proletariatsfrauen zu den Kunden dieser Verkaufsstelle gehören, sondern es soll hier und da auch mancher biedere Speisewirth unter der Last seiner sauer erworbenen zehn Pfund Fleisch sich verstopfen nach Hause schleichen. Doch dies nur nebenbei. Es kommt hier zunächst nur darauf an, ob das Fleisch in einem Zustande verkauft wird, der der Gesundheit nicht weiter nachtheilig ist. Und diese Frage ist allem Anschein nach zu bejahen. Der Direktor der hiesigen Fleischschau in Berlin schreibt über die Versuche, die in dem eigens zu diesem Zweck konstruirten großen Kochapparat Kochapparat angestellt, daß das Fleisch in der Zeit von 2½ Stunden bis auf 100 Grad Celsius und beträchtlich darüber erwärmt wurde.

Dasselbe war, wie der Direktor weiter schreibt, in allen Fällen vollständig gar, sehr saftreich, hatte ein sehr gutes Aussehen, sowie einen angenehmeren Fleischgeschmack und Geruch, wie im Wasser gekochtes Fleisch. Der Gewichtsverlust, welchen dasselbe bei diesem Kochverfahren erlitten hatte, ist im allgemeinen etwas größer als bei dem in Wasser gekochten und betrug durchschnittlich, je nach der Qualität, 33 bis 40 pCt. des Gewichtes des rohen Fleisches. Diesen Verlust finden wir aber in den Auffangschalen wieder in Form von konzentriertester Fleischbrühe.

Um festzustellen, ob in dem zu lebenden Organen sich giftige Stoffe beländen, und ob diese noch dem Kochen abgetödtet worden waren, wurden Meerfischweihen mit Tuberkelmasse geimpft, welche den fraglichen Organen vor resp. nach dem Kochen entnommen war. Der Erfolg der Impfung war der, daß die mit der vor dem Kochen entnommenen Masse geimpften Meerfischweihen nach Verlauf von 7 Wochen an allgemeiner Tuberkulose starben, die mit Impfstoff aus den gekochten Organen behandelten Meerfischweihen jedoch vollkommen gesund geblieben waren. So der Direktor der hiesigen Fleischschau.

Auch uns war vor einigen Tagen Gelegenheit geboten, das unter behördlicher Kontrolle vor sich gehende Kochverfahren zu beobachten, und wir müssen bekennen, daß das von uns genossene Fleisch rein und saftig schmeckte und sauber zubereitet war. Wenn es nun auch über allem Zweifel steht, daß der arme, der sich, dank unserer herrlichen Zustände für sich und seine Familie kein vollwertiges Fleisch leisten kann, immer besser thut, von dem sterilisirten Fleisch der tuberkulösen Kinder und Schweine zu laufen, als seine paar Pfennige für die irdischen Ueberbleibsel eines alten Droschkenkutschers fortzuwerfen, so bleibt es doch ein eigenes Ding um diese der arbeitenden Bevölkerung bewiesene „Wohlthat“. Ueber nicht läßt sich bekanntlich mehr und fruchtloser streiten, als über die Art der Befriedigung des Gaumens. Wer sich zu Tisch setzt, der will und soll sich aller widerwärtigen Gedanken in bezug auf die von ihm zu konsumirenden Speisen entledigen, und sowie der normal genährte Kulturmensch auch am saftigsten Hundefleisch und Katzenbraten keinen Gefallen finden kann, so kann für ihn auch nimmermehr das sterilisirte Fleisch tuberkulöser Kinder und Schweine ein Ideal bilden. Den lebendigen Beweis dafür liefert die Bourgeoisie, die sich weißlich färbt, sich an dem wohlwollenden und gesunden Fleisch der geschlachteten kranken Thiere zu erquickt. Und was der Bourgeoisie recht ist, das soll, wofür die klassenbewußte Arbeiterschaft zu sorgen hat, dem Proletariat nicht mehr als billig sein. Unsere Pflicht als Sozialdemokraten ist es, Zustände zu schaffen, in denen es jedem Menschen möglich ist, sowohl seinem Geist wie seinem Körper reine und undurchseuchte Nahrung zuzuführen.

Hundbraten. Das dies appetitliche Gericht kein leerer Wahn ist, den nur das Hirn eines Gerhart Hauptmann oder eines gewohnheitsmäßigen Hebers andrücken konnte, zeigt jetzt eine Aufforderung, welche der Deutsche Thierschutzverein zu Berlin, Dresdenstr. 45, den Zeitungsredaktionen zur Veröffentlichung zusetzt. In der Aufforderung wird das Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß hier heimlich ein schwunghafter Handel mit Hunden betrieben wird. Die Thiere werden, so heißt es, theils zum Zwecke des Verpeisens und theils für die Vivisektion verkauft; der Preis für so ein Thier betrage in der Regel nicht mehr als 1 Mark oder 1,50 Mark. Der Thierschutzverein ersucht die Weiteren die Hundebesitzer, auf ihre werthvollen Thiere sorgfältig zu achten und wendet sich schließlich an die gesamte Bevölkerung Berlins, ihm darin beizustehen, jenen unläuteren Hundehandel thunlichst zu unterdrücken.

Das ist leicht gesagt. Unter der gesamten Bevölkerung Berlins sind unsere Gedachten auch diejenigen einbezogen, welche in Ermangelung sonstiger Nahrung sich von dem für ekelhaft gehaltenen Hundfleisch nähren müssen. Und da der hungrige Magen sich ungern um Zeitungsaufforderungen, und seien

diese auch von schonendster Sanftmuth eingegeben, kümmert, so bleibt dem Thierschutzverein, wenn er eifertig handeln will, nichts übrig, als die bezeichneten Gourmands von der Aufforderung zum Thierschutz auszunehmen. Wollen die Mitglieder des Vereins noch ein Uebriges thun, so mögen sie im stillen Kämmerlein einmal sinnig darüber nachdenken, daß es mit dem Thierschutz zwar ein prächtiges Ding ist, daß es aber wirklich erst human behandelt heißt, wenn man sein Thier für die Gede des Menschen schmeckt thut, für den Menschen schmeckt, der in erster Linie Zustände in sich schließt, unter denen kein zweibeiniges Wesen gezwungen ist, mit den vierbeinigen Protektionskindern des Thierschutzvereins seinen wüthenden Hunger stillen zu müssen.

Eigenthümliche Ansichten über die „Störung der öffentlichen Ordnung“ scheinen in gewissen Kreisen vorherrschend zu sein. Am 17. September v. J. meldete der Genosse Köhler aus Schöneberg eine Volksversammlung für den Landort Kummersdorf an, dieselbe wurde aber verboten, da eine „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu befürchten sei. Auf die beim Regierungspräsidenten erhobene Beschwerde wurde das Verbot als nicht gerechtfertigt erklärt. Es meldete nunmehr aus Sicht der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, Genosse Zubeil, selbst die Versammlung an und sie fand auch statt. Der Beschick des Regierungspräsidenten erging am 30. November v. J. K. Kurze Zeit vorher hatte Genosse Köhler eine Versammlung der Gewerkschaften Schönebergs einberufen, jedoch wurde dieselbe in letzter Stunde vom Amtsvorsteher verboten, da wiederum eine „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu befürchten sei. Auch hier betrat der Einberufer des Beschwerten und es erging an ihn am 11. Dezember, also 14 Tage nach Aufhebung des erlassenen Verbotes, der Befehl, daß die Beschwerte zurückgewiesen sei, da eine „Störung der öffentlichen Ordnung“ voraus zu sehen war. Inzwischen hatte die Versammlung an einem anderen Tage in größter Ruhe getagt, ohne „Störung“. Auf die beim Minister erhobene Beschwerde erging sodann am 30. März d. J. die Mittheilung, daß das Ministerium keine Veranlassung habe, in dieser Angelegenheit von Aufschichtwegen einzuschreiten, dem Einberufer hätte ja der Klageweg offen gestanden!

Also, wenn die Schöneberger Genossen eine Versammlung abhalten, von ihrem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch machen wollen, so müssen sie dies erst beim Gericht ausklagen. Ist dies nicht zu beklagen?

Das die größten Feinde eines geordneten Gemeinwesens im erhabenen und besiegten Grundbesitz liegen, ergab sich am Dienstag Abend in einer vertraulichen Besprechung, welche die Grundeigentümer der Nordseite des noch nicht kanalisirten und bis jetzt vernachlässigten Straßenganges von der Jahnsstraße bis zum Hermann-Platz abhielten, um über Mittel und Wege zu berathschlagen, dem unhaltbaren und der Stadt nicht zur Freude gereichenden Zustande abzuhelfen, und der Magistrat veranlaßt werden könne, die bisher nur in Aussicht gestellte Kanalisation bezw. Regulirung des Straßenganges endlich in Angriff zu nehmen. Hierbei kam zur Sprache, daß die hiesige Baudeputation schon unter dem 28. Oktober 1892 auf eine Beschwerde des Eigenthümers Niem, der durch ein am 13. Juli stattgehabtes Gewitter erheblichen Wasserschaden erlitten hatte, antwortete, es sei anerkannt worden, daß durch Ausführung der Kanalisation Abhilfe geschaffen werden könne. Um diese Indessen zu ermöglichen — die Mittel ständen bereit — sei zuvor die Landabtretung dem Bebauungsplan gemäß an die Stadt erforderlich. Dazu aber hätten sich die Grundeigentümer nicht oder nur unter für die Stadt unannehmbaren Bedingungen bis jetzt entschließen können. Die Versammlung war der Meinung, daß eine Aenderung der trostlosen Zustände unter den obwaltenden Umständen kaum in absehbarer Zeit zu gewärtigen sei, da gerade die Grundeigentümer, die bei ihrer Vermögenslage am ersten in der Lage seien, Land abzutreten und auch bei der Versammlung durch Abwesenheit glänzten, trotz erfolgter Einladung (Niem, Pfaffenländer'sche Erben), sich dem Plan gegenüber ablehnend verhielten, eine Einigung mit diesen Leuten nach den vielen vergeblichen Versuchen auch nicht zu erwarten sei.

Wir wollen übrigens die Haus- und Grundeigentümer nicht beleidigen. Wenn es an den Geldbeutel geht, so sind alle ehrbaren Ordnungsmänner die ärgsten Anarchisten — Ausnahmen sind mit der Laterne zu suchen.

Aus der Reichsdruckerei wird uns ein Fall gemeldet, der den militärischen Charakter dieses Instituts aufs neue dokumentirt. Anfang Januar d. J. hatte sich das Gerücht verbreitet, daß sich der Kaiser die Druckerei ansehen wolle, die dann selbstverständlich schleunigst in die entsprechende Verfassung gesetzt wurde. Die Besessenen wurden von Grund aus gemacht, d. h. die Decken, Wände, sowie die Regale gestrichen u. s. w. Die hier im Affordlohn arbeitenden Schriftsetzer wandten sich mit der Bitte um Entschädigung für die Zeit der Renovation an ihre Vorgesetzten, worauf kein anderer Bescheid erging, als daß ihnen am folgenden Tage die Affordarbeit, die einen wesentlich höheren Verdienst ermöglicht als die Arbeit im Taglohn — entzogen wurde. Durch eine ziemlich genaue Berechnung hat man nun angeblich festgestellt, daß einige dieser dergestalt gemäßigten Arbeiter seitdem in der Arbeitsleistung so weit herabgegangen sind, daß der Werth der geleisteten Arbeit mit dem dafür gezahlten Lohn um ca. 2 M. pro Woche differirt. Anstatt nun die Arbeiter, wie das vielleicht ein Privatunternehmer, wenn er sich geschädigt glaubt, gethan hätte, zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten, nimmt man ein „Komplo“ an und ländigt am letzten Freitag fünf Seher, meist verheiratheten Paaren, die 18½, 11, 4, 4 und 2¼ Jahre dort schon thätig waren, auf grund des § 1 der Arbeitsordnung, der da lautet: „Jeder Arbeiter ist verpflichtet, ... das Interesse der Reichsdruckerei in jeder Hinsicht zu fördern.“ — Es läßt ja, so äußerte sich kürzlich einer der wohlgebenden Herren, die Direktion ganz-fall, was die Zeitungen über sie schreiben, deshalb braucht man über die Bedeutung der Entzerrung dieses Falles nach dieser Richtung hin nicht im Unklaren zu sein. Wir lassen uns auch darum in der Annahme genügen, daß die Verhaltung dieser staatlichen Anstalt in menschenswerthiger Weise hiedurch die Erkenntniß bei der Masse befestigt, daß selbst langjährige treue „Dienstzeit“ den Arbeiter auch nicht davor schützt, bei der ersten besten Kleinigkeit auf das Straßengäßchen geworfen zu werden.

Die verfallene Hobeit. Durch Anhang an Gerichtsstelle und öffentliche Zustellung im „Reichs-Anzeiger“ ladet die Reichsdruckerei des königlichen Landgerichts I Berlin Se. Hobeit den Prinzen Htz Jassan Bey, zuletzt in Berlin, Barutherstr. 5, jetzt unbekanntem Aufenthalts, auf eine von dem Kaufmann Julius Berger in Berlin, durch den Rechtsanwalt Bauer, hier, erhobene Wechselklage wegen 2000 M. nebst 6 pCt Zinsen und 17,37 M. Wechselkosten vor die erste Kammer für Handelsachen, auf den 29. Juni 1894, Vormittags 10 Uhr, zur Verhandlung des Rechtsstreits. Ob Hobeit gerufen werden, in die Erscheinung zu treten? Wir glauben kaum, daß Hochoberselben wegen solcher Sappasie ihre durchlauchtigen Beine in Bewegung setzen werden.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich dieser Tage in der Friedrichstraße. Ein armer Krüppel, der 50 Jahre alte Händler Isidor Knopp aus der Fiontschstraße 9, wurde um die Wägenzeit in einem Fahrstuhl von der Rohrenstraße aus über den Damm gebracht. In diesem Augenblick fuhr ein Arbeitswagen in scharfer Gangart heran, und der Krüppel Wilhelm Bürger aus der Demewihsstraße 7 konnte auf dem Asphaltpflaster nicht mehr rechtzeitig Halt seines Gespanns werden. Unter dem Ausschrei des Publikums erfolgte ein Zusammenstoß des Arbeitswagens mit dem Fahrstuhl, aus dem der Krüppel auf die Straße geschleudert wurde. Knopp wurde mit Verletzungen nach seiner Wohnung gebracht. Gefahr für das Leben ist nicht vorhanden. Gegen den Krüppel ist die Sache anhängig gemacht worden.

der Handwerksmeister auf die Gesellschaft ein. Sie zwingt dieselbe in den feindlichen Gegensatz gegen die Meister, in Kampfsorganisationen, gegen die ökonomische Uebermacht derselben gerichtet, hinein, andererseits veranlaßt die Exklusivität der Meister die Exklusivität des Gesellenbunds. Der Gesellenbund wird genau so eifersüchtig gegen unbefugte Arbeiter, die sich in die Handwerksarbeit hineindrängen, wie die Meister sich gegen die Ueberzahl der Gesellen abwählen. Die Ausdehnung der Begehrlichkeit, die Aufnahme in die Gesellschaft unter komplizirtem Zeremoniell, die Ausbildung einer äußerst empfindlichen Standesehre, die Weigerung neben Frauen und freien Arbeitern zu arbeiten u. s. f., alles beweist eine fast ebenso große Exklusivität dem sich damals rapide bildenden Proletariat gegenüber von Seiten der Gesellen, wie sie die Meister unter dem Zwang der ökonomischen Verhältnisse ihren Gesellen gegenüber zeigen. So führen denn auch die Gesellen in der That einen doppelten Kampf gegen die Meister innerhalb des Handwerks und gegen das außerhalb desselben stehende Proletariat. Es sind nicht bloß die „taktischen Ränke des Handwerks“, die sich den Gesellen in der Verengung des Nahrungsspielraumes fühlbar machen, es sind allmählig wachsend auch die taktischen Ränke der sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise, die dieselbe Wirkung auf sie ausüben. Die delikatessten Meister sind ein nicht geringes Hinderniß für die Gesellenbewegung“, sagt Schoenlant selbst auf S. 46 und S. 49: „Die Ueberzeugung der hiesigen Gewerbe und ihre Ueberzeugungspolitik treiben Handwerker, Gesellen und wohl auch verarmte Meister aufs Land außerhalb des Wannes der Handwerksordnungen, und das lausinnigste Kapital benützte die günstige Gelegenheit, sich wohlfeileren Arbeitskräfte, billigere Waaren zu verschaffen.“ Dieser Thätigkeit des Kapitals und seinen Dienern, den freien Arbeitern, gegenüber sind die Interessen der Kleinmeister und Gesellen in gewisser Ausdehnung sogar gemeinsame. Hätte Schoenlant diese Seite der Gesellenbewegung, die Ausbildung und Steigerung der Standesexklusivität, in genügender Weise berücksichtigt, so würde er auch nicht (S. 45) ohne weitere Einschränkung als die geschichtliche Aufgabe der Gesellen bezeichnet haben, die Vorläufer des modernen Proletariats zu sein. Dieser Satz ist, so apodiktisch gesprochen, nicht richtig, und in der Verbindung, in der er im Texte (S. 45) erscheint, nur geeignet, eine falsche Auffassung der Gesellenbewegung zu bewirken. Das Gesellentum in seiner Ausbildung in den Gesellenorganisationen gehört als organischer Bestandteil zum Handwerk, und wenn wie Schoenlant selbst sagt,

„das mittelalterliche Handwerk den Kampf mit der mehr und mehr sich entfaltenden bürgerlichen Wirtschaftsförm aufzukämpfen hatte“, so fand in diesem Kampfe die organisierte und privilegierte Gesellschaft auf Seite des Handwerks.

So ist also die Stellung der Gesellschaft eine zwieschlächtige, wie sich das aus derselben zwischen Meistern und sich bildendem Proletariat in der Mitte mit Nothwendigkeit ergibt, und der von ihr geführte Kampf ein solcher nach zwei Seiten. Es ist der von den Nürnberger Gesellen gegen den Rath und die Meister geführte Kampf, der endlich 1573 mit einem Kompromiß zwischen den beiden Parteien endigte, den wir noch in Kürze berühren wollen. Durch die soziale Entwicklung sah sich der Rath zwar zur Anerkennung der Gesellenorganisationen gezwungen, behauptete aber doch die Macht der Oberaufsicht und das Recht, die Ordnung vorzuschreiben. So erkannte er z. B. in der Beutergesellen-Ordnung vom 10. August 1531 die Organisation der Beutergesellen und das Recht der Arbeitsvermittlung an, strich aber aus dem Entwurf, den die geschworenen Meister und die Gesellen verfaßt hatten, die eigene Gerichtsbarkeit der Gesellen nebst zwei anderen Artikeln, die sich gegen die verheiratheten Gesellen und die Frauenarbeit richteten, aus. Gegen die Macht des Arbeitsnachweises und die eigene Gerichtsbarkeit, die die Gesellenverbände in Anspruch nahmen, und die daraus entspringenden „Mißbräuche“ sind denn auch die Reichstagsabschiede von 1551, 1559, 1566 gegen die geschickten Handwerker, d. h. die ursprünglich mit dem Recht der Schenkung, Herberge gebahnten Handwerke. Mit diesen beiden Waffen würden die Gesellenorganisationen jeden Einfluß auf die Höhe des Arbeitslohns, Länge der Arbeitszeit, den Arbeitsvertrag verloren haben und zur Unbedeutendheit herabgesunken sein. Anz unergründliche nahm den gegen die Gesellenverbände eröffneten Kampf die Reichstabs Nürnberg auf, die sich zu diesem Zwecke in Verbindung mit den anderen süddeutschen Reichsstädten Augsburg, Ulm, Regensburg setzten. Der Schilderung dieses Kampfes um das Koalitionsrecht ist das 6. und 7. Kapitel des Buches gewidmet; Kapitel 8 stellt die Organisation der Gesellenverbände nach dem Kompromiß dar, das 9. Kapitel behandelt die Arbeitsvermittlung, die in Nürnberg nicht einheitlich geregelt war, sondern in einigen Gewerken in Händen der Meister, in anderen in denen der Gesellen lag, die Arbeitszeit, besonders das Halten der guten Montage, die Löhne und Lohnkämpfe, für die wir den Leser auf das Buch selbst verweisen müssen.

Soziale Uebersicht.

Achtung! Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. H. Nr. 20 Hamburg). Den Mitgliedern und denjenigen, welche es werden wollen und ihren Wohnsitz in Adlershof, Grünau, Alt-Glinde oder Köpenick haben, zur Nachricht, daß in Adlershof eine Verwaltungsstelle eingerichtet ist.

Meldungen nehmen entgegen: O. Bartels, Bevollmächtigter, Wisnarsstraße 59a, 2. Tr. und Heinrich Böker, Kassirer, Wisnarsstr. 57, Baden.

Die Schieferdecker Mannheims ersuchen ihre Kollegen den Zugang nach Mannheim fernzuhalten, da verschiedene Mannheimer Schieferdecker gemässregelt sind. — Die Arbeiterblätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten.

Zum Malerstreik in Zürich. Die Meister haben versucht, in München Arbeitskräfte zu erlangen. In den „Neuesten Nachrichten“ erschien eine ganz unschuldige Annonce, daß 50 Maler und Anstreicher gesucht würden. In einem Gasthofe sollte die lebendige Waare gekauft werden. 100 Arbeitslose hatten sich eingefunden, aber auch 100 Sozialisten waren erschienen. Ein Münchener hielt eine feurige Rede und — keiner ließ sich bingen. Ein würdiger Eidgenosse, Malermeister Friedl in München, wollte den Handel abschließen. Er log, er wisse gar nichts vom Streik in Zürich, telegraphierte aber dann an die Meister in Zürich: „Alles geschieht!“

Gegen 3000 Ziegelfabrikarbeiter der Wiener Berger Ziegelfabrik haben die Arbeit niedergelegt, weil man ihnen eine Erhöhung der Löhne nicht bewilligen wollte.

Bei Strafe der Entlassung haben die Nürnberger Bädermeister ihren Gesellen verboten, dem Fachverein beizutreten. Sollte diese Praxis weiter geübt werden, so wird die Gehilfenorganisation die Namen dieser Herren veröffentlichen, damit den Arbeitern Gelegenheit geboten wird, ihre Gegner kennen zu lernen.

Die Arbeitslöhne in der europäischen Textilindustrie. Unter dieser Spitzmarke machte kürzlich ein Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ die Kunde durch eine Reihe bürgerlicher und sozialistischer Blätter. Das statistische Material war einem Bericht der englischen Arbeitskommission entnommen. In diesem Artikel wurden die Wochenlöhne der deutschen Weber, für Männer auf 18—24 M., für Frauen auf 7,70—13,50 M. bei 60stündiger Arbeitszeit pro Woche angegeben. Es war ferner berechnet, daß Deutschland mit seinen Stundenlöhnen an vierter Stelle rangiert; danach sollen die Stundenlöhne für Männer 32, für Frauen 16 Pfennige betragen. — Ist es nun schon schlimm genug, daß das Reich der „sozialen Reformen“ an vierter Stelle marschirt, so ist die Thatsache, daß obige Löhne der Wirklichkeit gar nicht entsprechen, sondern viel zu hoch gegriffen sind, für das Deutsche Reich nur noch beschämender.

Wie dem „Sächs. Volksblatt“ aus dem Erzgebirge geschrieben wird, sind die Durchschnittslöhne der englischen Kommission, soweit sie deutsche Verhältnisse betreffen, als richtig nicht anzuerkennen. Es heißt dort: Wir müssen vielmehr aus uns zugegangenen Informationen von sächsischen und russischen Textilarbeitern heraus, erklären, daß die geschätzten Löhne für den Durchschnitt mindestens um ein Drittel zu hoch gegriffen sind; dagegen sind wir in der Lage, die für die Frauen der Textilindustrie angeführten Löhne von 7,70—13,50 M. für die Männer in Anspruch nehmen zu müssen; die Frauenlöhne sind noch geringer. Im Voigtlande, wie in Osnabrück, betragen die Löhne von Webern 3 Th. oft genug nur 6—7 M. Wenn in Westdeutschland vereinzelte Löhne bis zu 24 M. pro Woche gezahlt werden, so mag man sich berechnen, daß bei einer gewissenhaften Aufstellung der Textilarbeiterlöhne in Deutschland ein höherer Durchschnittssatz, als von uns oben angegeben, nicht denkbar ist. Es scheint uns beinahe, als seien die Erhebungen auf den Kontoren der Spinn- und Webfabrikannten vorgenommen worden, während die Arbeiter hierüber gar nicht gefragt worden sind.

Die Barbier- und Friseur-Zunft von Braunschweig hat beschlossen, im Sommerhalbjahr die Geschäfte an Sonn- und Festtagen 4 Uhr Nachmittags zu schließen. Der Beschluß geht freilich nicht weit genug; es ist aber immerhin zu begrüßen, daß Brosche gelegt wird in die alte Anschauung, es müsse Jeder Gelegenheit haben, sich am Sonntag verschönern zu lassen. Uebrigens wird sich bald zeigen, daß mit dem neuen Zustande der Dinge eben alle, auch die Meister zufrieden sind.

Die Berner Schneidermeister haben den Gesellen ein Ultimatum gestellt, in dem es heißt, daß, wer bis zum 2. April nicht die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen habe, auf Beschäftigung überhaupt nicht mehr rechnen könne. Da sich die Gehilfen durch diesen Schreckensschuß nicht einschüchtern ließen und sich Streikbrecher nicht fanden, sehen sich die Meister nun gezwungen, einzuschwenken. Sie suchen Verständigung mit den Gehilfen. Drei Mitglieder der Meisterschaft, drei Mitglieder der Streikkommission und der Stadtpräsident sollen zusammen besprechen.

Vergünstigte Aktionäre — arme Bergleute. Der Zwickauer Steinkohlenbauverein zahlte für 1893 240 M. pro Aktie. Insgesamt wird eine Jahresdividende von 600 000 M. zur Verteilung kommen. In Brutto wurden 918 072 M. verdient, wovon unter anderen 172 095 M. Kohlenscheuten an die Grundstückbesitzer der zehnpflichtigen Felder gezahlt werden mußten.

Ein Streik polnischer Weber, der mit einem vollkommenen Sieg der Arbeiter endete, ist kürzlich in dem polnischen Städtchen Zamierze ausgebrochen worden. Wir theilten seiner Zeit nur den Ausbruch des Streiks mit, über den Verlauf und Ausgang wird uns erst jetzt ein eingehender Bericht zugestellt, aus dem wir folgendes mitzutheilen für angebracht halten: Die Ursache des Streiks bildete die Einführung des russischen Maßes (Arshin) an Stelle der polnischen Elle. Diese Maßregel wurde vor Kurzem von der russischen Regierung den polnischen Fabrikanten geboten und von diesen auch bereitwilligst ausgeführt. Warum auch nicht, die Herren machten dabei ein Geschäft. Das Arshin ist nämlich um ein Fünftel länger, als das alte polnische Maß, den Arbeitern sollte aber der Lohn nach der alten Weise bezahlt werden, was einen Lohnabzug von 40 bis 45 Kopfen (80 bis 90 Pf.) wöchentlich bedeutete. Diese Maßregel wurde am 8. März bekannt gemacht; an demselben Tage beschloffen die Arbeiter, ihre Thätigkeit einzustellen. Am nächsten Tage erschienen von den 3000 Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind, nur einige Duzend, die aber nach einigen Stunden die Arbeit ebenfalls verließen. Nun versuchte man, die Arbeiter einzuschüchtern. Der Direktor ließ zunächst die vermeintlichen Häufelührer zu sich kommen und drohte ihnen mit der Polizei. Als das nichts half, wandte er sich an den Gouverneur von Piotrkow, der auch gleich das ganze Städtchen mit Kosaken füllte. Diese Maßregel trug nur dazu bei, den Arbeitern vor Augen zu führen, was ihnen bevorstehen würde, falls sie sich zu Gewaltthätigkeiten hinreißen lassen würden. — Die Verhandlungen wurden in den Schenken gepflogen, wobei die Parole ausgegeben war, nicht mehr als ein Gläschen Schnaps zu trinken. Auch der in früheren Jahren mit

Erfolg durchgeführte Versuch der russischen Beamten, aus dem Streik eine Judenbuh zu machen, wollte nicht gelingen. Nach Verlauf einer Woche sahen sich die Fabrikanten gezwungen, nicht nur sämtliche Arbeiter zu entsprechend erhöhten Löhnen wieder einzustellen, sondern sie hatten auch noch eine Entschädigung für den durch den Streik verlorenen Arbeitsverdienst in der Höhe von 30 000 Rubel (60 000 M., 12 M. pro Kopf) zu zahlen. — Mögen unsere polnischen Genossen aus diesem Beispiel lernen, mögen sie daraus ersehen, was Arbeiter im Stande sind zu erreichen, wenn sie ebenso einig sind, als besonnen.

Als Heilmittel für nothleidende Landwirthe wurden unter anderem auch die „ländlichen Spar- und Vorschußvereine“ den kleinen Bauern empfohlen. In Wirklichkeit sind sie nichts, als gewöhnliche kapitalistische Institutionen, die nur denen Vortheile bringen, die sich mit größeren Kapitalien daran betheiligen können. So hat kürzlich der ländliche „Spar- und Vorschußverein für Böhmen“ bei Weissen die Dividende für die Aktionäre auf 16% v. St. festgesetzt. Wer bringt diese Dividende anders auf als diejenigen, die den Kredit des Vereins in Anspruch nehmen müssen, und das sind die kleinen verfallenen Bauern.

Der Verband der Grubenarbeiter von Pas de Calais hat, wie man uns aus Paris berichtet, am jüngsten Sonntag in Lens eine Konferenz abgehalten, die sich 1. mit dem in Graiffessac stattfindenden Landeskongreß der Bergarbeiter, 2. mit der Meiseier, 3. mit dem internationalen Bergarbeiterkongreß zu befassen hatte. Den Vorsitz führte Wasly, Abgeordneter von Pas de Calais. Der Landeskongreß wird sich, wie Abgeordneter Lamendin referirt, der gleich Wasly ein ehemaliger Bergarbeiter ist, in erster Linie mit der Gründung eines Nationalverbandes der französischen Grubenarbeiter zu beschaffen haben, sodann mit dem Gesetze über die Pensionskassen der Grubenarbeiter, dem Achtstundentag und dem Gesetze betreffend die Grubenarbeiter-Delegirten, welche bekanntlich die ihnen untergeordneten Gruben auf deren Sicherheit zu prüfen und zu inspizieren haben. Mit der Vertretung ihres Verbandes hat die Konferenz die Genossen Lamendin und Brugnot betraut. Bezüglich der Meiseier waren alle Delegirten darüber einig, daß jeder sein bestes dazu beizutragen habe, um sie so großartig als möglich zu gestalten. Das Präsidium des Verbandes wurde zu diesem Zwecke beauftragt, ein Manifest zu erlassen und für die Einberufung öffentlicher Versammlungen zu sorgen, in welchen dieses Manifest vorzulesen und zu kommentiren sei. Im übrigen wurde es den Arbeitern der einzelnen Grubenorte überlassen, den 1. Mai in der Weise zu feiern wie sie es für die Bedeutung dieses Tages am zweckmäßigsten erachten. Bezüglich des zu Pfingsten in Berlin stattfindenden internationalen Bergarbeiter-Kongresses beschloß die Konferenz, nebst Lamendin noch einen zweiten Delegirten dorthin zu entsenden und einfließend die diesbezügliche Wahl auf Genosse Gadoi. Schließlich kamen noch alle die Punkte zur Sprache, denen die Sicherheitsdelegirten seitens der Grubengesellschaften ausgesetzt sind und wurde, um dem Abhilfe zu verschaffen, beschlossen, demnächst eine Konferenz sämtlicher Sicherheitsdelegirten einzuberufen. Diefelbe wird in Paris am 1. Mai stattfinden. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß das Baarvermögen des Verbandes der Grubenarbeiter von Calais 200 000 Fr. beträgt und auf Vorschlag des Verwaltungskomitees in 3prozentiger Rente angelegt werden wird.

Streik und Patriotismus. Wie die englische Gesellschaft in Wien sich Slovaken herbeiholt, um die streikenden Wiener Gasarbeiter zu Paaren zu treiben, wie die 3 Zürcher Malermeister sich nicht scheuten, nach München zu gehen, um die verhassten „Dütsche“ direkt nach der Schweiz zu versenden, damit sie im Stande wären, ihre streikenden Gehilfen auszubungern, so wenden sich die Stuttgarter Schneider nach Berlin, um Streikbrecher zu finden. Zum Teufel mit dem Patriotismus, sobald der Geldbeutel in Betracht kommt. Wir berichteten in der Sonntagnummer, daß sich Agenten zur Anwerbung von Schneidern nach Stuttgart in Berlin befanden. Diefelben haben, außer durch die verschiedensten Arbeitsnachweise, auch durch Inserate im „Volk-Anzeiger“ und „Volk-Zeitung“ 50 Schneider bei sehr hohen Preisen zu ergattern versucht. Um nun die Art und Weise der Anwerbung kennen zu lernen, meldeten sich einige organisierte Schneider. Diesen wurde der hohe Lohn tarif, den sie in Stuttgart bezahlt erhalten sollen, vorgelegt und man scheute sich nicht in Gegenwart der anfangen wollenden Schneider über die „Unverschämtheit“ ihrer Stuttgarter Kollegen zu schimpfen, die an einem Stüd 5 M. mehr verlangen, weil es ihnen „zu wohl gegangen“ sei. Montag Abend fanden sich denn eine ganze Anzahl Schneider auf dem Arthaler Bahnhof ein. Nach Verlesung der Namen im Wartesaal, welche großes Aufsehen erregte, fand eine allgemeine Traktierung mit Bier statt. Die Jecher wird wohl 5 bis 10 M. ausgemacht haben. Sodann wurden 30 Biletts gelöst und dieselben am Eingang des Bahnhofs jedem einzelnen nach Nennung seines Namens überreicht. Es befanden sich darunter Schlächter, Schuhmacher, Barbier, Klempner u. s. w. Viele der Abfahrenden schienen nur die Vergensgüte der nobeln Agenten in Anspruch nehmen zu wollen und eine billige Fahrt in die Heimath mag ihnen bei den schlechten Zeiten eben auch nicht so unwillkommen gewesen sein. Kaum ein Duzend dürfte Stuttgart erreichen; das dortige Lohnkomitee ist von ihrer Ankunft in Kenntniß gesetzt worden. Die Angeworbenen sind sämtlich Unorganisierte und sie sind auch nebenbei bemerkt, recht schlechte Arbeitskräfte, die für die Firmen in Stuttgart kaum zu gebrauchen sind. Um so unverständlicher ist die Bockbeinigkeit der Unternehmer, die lieber erst Tausende ausgeben, ehe sie den gerechten Forderungen ihrer Arbeiter entgegenkommen.

Witterweile wird aber aus Stuttgart berichtet, daß eine größere Firma die Forderungen der Gehilfen, einschließlich der zehnstündigen Arbeitszeit, bewilligt habe, sodas sofort 12 Mann die Arbeit aufnehmen konnten. Andere Firmen sind mit der Lohnkommission in Verbindung getreten und sind zur Bewilligung der Forderungen geneigt. Die Schneidermeister, welche die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben, sind selbstverständlich mit Aufträgen überhäuft und bemüht, die besten Arbeitskräfte an sich heranzuziehen. Durch die letzten Urtheile des Gewerbegerichts sind die Forderungen der Meister auf einen Sieg bedeutend herabgedrückt worden. Auch das Wetter ist dazu angethan, der gerechten Sache der Schneidergehilfen zum Siege zu verhelfen.

Versammlungen.

Der Allgemeine Deutsche Tapezierer-Verein (Zentrale Berlin) erörterte in seiner Mitglieder-Versammlung am 2. April die Stellung zum Kongreß aller in der Bekleidungs-Industrie beschäftigten Arbeiter. Ein Beschluß in der angeregten Frage wurde nicht gefaßt. Hieran brachten mehrere Mitglieder die Wipstände in den Werkstätten von Gerson, Flatow u. Priemer zur Sprache. Eine weitere Erörterung dieser Angelegenheit soll in einer öffentlichen Versammlung erfolgen. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am 10. April im Lokale des Herrn Bohne, Hakenstraße Nr. 45/47. Stadtv. Dr. Jadel besprach in einem sehr beifällig entgegengenommenen Vortrage „die Leistungen der Berliner Stadtverwaltung auf dem Gebiete der Gesundheitspflege“. Der Redner widerlegte die Behauptung der bürgerlichen Presse, wonach Berlin infolge seiner Kanalisation eine der gesündesten Städte sei. Wohl sind die bürgerlichen Schriftsteller schnell bei der Hand, aus der seit 20 Jahren stets rückwärts gegangenen Sterblichkeitsziffer diesen Schluß zu ziehen, er erweise sich jedoch als Trugschluß, sobald man die Verschiebung der Bevölkerungs- resp. der Wohnungsverhältnisse in Betracht zieht. Durch die fortgesetzte Miethserhöhung werden die kinderreichen Arbeiterfamilien nach den Vororten gedrängt, während der Jüngling von außerhalb Personen im besten Lebensalter umfaßt. Nicht die Verbesserung der sanitären Einrichtungen sind es also, welche den Rückgang der Sterblichkeit verursachen. Citel Hamburg ist es, wenn der Moniteur der freisinnigen Stadtverwaltung, die „Wessische Zeitung“ behauptet: Die Kanalisation habe innerhalb 10 Jahren 120 000 Menschen das Leben gerettet und damit die Stadtverwaltung beweihräuchert. Im Gegentheil seien die sanitären Zustände derartig, daß sie dringend der Verbesserung bedürfen. Redner bewies dies zunächst an der schlechten Beschaffenheit des Wassers. Lange Zeit versorgten die Stralauer Werke den Osten und Südosten Berlins mit Zypussteinen enthaltendem Wasser; die Hälfte der Straßenbrunnen liefern ebenfalls ungenießbares Wasser. Die Wohnungsverhältnisse sind für die heutige Gesellschaft ein „Nähr nicht an“. 100 000 Personen wusfen in Berlin noch in Kellerlöchern, die häufig krankheitsregende Pilze in den Wänden aufweisen. Größere Aufmerksamkeit müsse auch der Kontrolle der Nahrungsmittel geschenkt werden, wie überhaupt gegen die Erkrankung der Berliner Bevölkerung seitens der städtischen Verwaltung eine andere Sorgfalt als bisher am Platze wäre. Der Vortragende schilderte die Ansteckungsgefahr in den überfüllten Schulen, die nur zweimal im Jahre gründlich gereinigt würden, rügte das Fehlen von Badegelegenheit in denselben, sowie den abschlägigen Bescheid gegen den Antrag auf Anstellung von Schulärztin. Die so notwendige Desinfektion müsse unentgeltlich vorgenommen werden; jezt ruft sie beim Publikum das größte Unbehagen hervor. Nach scharfer Kritik an den Kranken-Anstalten und Erholungs-Stationen kam der Referent schließlich auch auf den Kranken-Transport zu sprechen, den man falscher Weise Privaten überlasse. Auch hier zeige sich der heutige Klassenhaß in seiner kraßesten Form; wer nicht genügend bezahlen kann, wird ohne jede Rücksicht auf seinen Zustand in holperigen Wagen befördert, da es auch hierbei vier verschiedene Klassen giebt. Nicht eines jeden Arbeiters ist es daher, unangesehen für die Ziele der Sozialdemokratie agitatorisch zu wirken, damit die Beseitigung der heutigen Gesellschaftsform, die solche erbärmliche Zustände zeitigt, um so schneller vor sich geht. (Lebhafte Beifall). Eine Diskussion folgte dem Vortrag nicht.

Dasig forderte zur regen Agitation für den „Vorwärts“ auf. Ferner machte Rühing aufmerksam, baldigt die Biletts zur Oster-Matinee abzurechnen und gab zum Schluß eine Zuschrift der organisierten Kellner bekannt, worin diese, auf der Resolution der Gewerkschaftskommission (Versammlung vom 12. Dezember 1893) beruhend, die Genossen ersuchen, sie in ihrem Kampfe gegen Unternehmer und Kommissionäre zu unterstützen, indem sie die Wirthe anhalten, bei Vergnügungen ihre Kellner nur aus dem Arbeitsnachweis der Berliner Gastwirthsgehilfen, Annenstr. 16, zu entnehmen.

Die Ethische Gesellschaft hielt am 5. März ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 915 M. und eine Ausgabe von 699 M., mithin Kassenbestand 215 M. Außerdem hat der Rendant einen eiserne Bestand von 287 M. Nach § 3, Absatz 3, wurden die Mitglieder Pool und Bugenhagen, ebenso Herr Deininger in einer früheren Versammlung, aus dem Verein ausgeschlossen. Als Revisoren wurden Hinkel, Olfert und Noack, als Bibliothekar Restaurateur Donath, Saarbrückerstr. 27, gewählt.

Die Töpfer (Zentralorganisation) hielten am 3. April eine Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Jakobey über die Bestrebungen der Unternehmer im Töpfergewerbe referirte. Der § 75 des Krankenkassen-Gesetzes, der den Innungen das Recht verleiht, Krankenkassen zu gründen, sähert bei den Töpfern zu argen Schädigungen der Kollegen. Denn dadurch, daß die Kollegen oft die Arbeitsstätte wechseln, kommen sie von einer Kasse in die andere, und so erhalten sie wegen der kurzen Mitgliedschaft die Mindestleistung in der Kasse. Ebenso vertreten die Innungs-Schiedsgerichte einseitig die Unternehmerinteressen. Unter Vereingangelegenheiten wurde aufgefodert, sich recht regen an den freiwilligen Sammlungen zu betheiligen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 5. d. M. seine ordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Von einem Vortrag des Genossen Dr. Freymann, der am Erscheinen verhindert war, mußte Abstand genommen werden. Die Abrechnung vom Maschinenbau konnte nicht vollständig gegeben werden, da die Kollegen Pinkowski, Pinte, Meise und Lange mit dem Biletts im Rückstande sind. Sodann wurde das Mitglied Jegerle, nachdem Kollege Blaurock dies begründet und mehrere Redner ihm zugestimmt, gegen 5 Stimmen aus dem Verein ausgeschlossen. Ferner wurden drei Kollegen, die wegen des 1. Mai einen unfreiwilligen Aufenthalt genossen, mit 60 M. unterstützt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Versammlung auf, für die im Entfahnen begriffene örtliche freie Hilfskasse zu agitiren. Die Generalversammlung ist am 15. April einberufen, das Stiftungsfest findet in diesem Jahre am 14. Juli bei Pips statt.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlin und Umgegend tagte am 8. April in der „Resourcée“, Kommandantenstr. 57. Nach Verlesung des Protokolls über die Verhandlungen der letzten Versammlung vom 4. März, wurde zunächst die damals vertragte Debatte über die Meiseier aufgenommen. Der Vertrauensmann Fischer trat für strikte Arbeiterruhe ein. Der Delegirte zur Gewerkschaftskommission, Kamerad Stöhr gab die Beschlüsse derselben in dieser Angelegenheit bekannt und empfahl deren Befolgung. Ob st bezweifelte die Möglichkeit einer konsequenten Arbeiterruhe in Anbetracht der schlechten Konjunktur im Baugewerbe und der schwachen Organisation der Zimmerer, die kaum den zehnten Theil der Berufskollegen umfasse. Mit dem Beschluß der Gewerkschaftskommission im großen und ganzen einverstanden, hält er eine geforderte Versammlung am Vormittag für zweckmäßiger. Tam hält im Baugewerbe in erster Linie eine strikte Durchführung der Arbeiterruhe für möglich; allerdings müsse noch fleißig dafür agitirt werden. Sebastian, Ernst und Schmidt äußerten sich wie Ob st; Lehmann unterstützte die Ausführungen Tam.

Eine Resolution des letzteren wurde abgelehnt, dagegen die des Kamerad B o t h gegen 4 Stimmen angenommen; Die 2c. Versammlung erklärt von einem Beschluß einer einheitlichen Arbeiterruhe am 1. Mai abzusehen. Dagegen verpflichtet sie jeden Zimmerer überall, d. h. in jedem Gewerbebetrieb, wo ohne wirtschaftliche Schädigung — abgesehen von einem Lohnausfall — eine Arbeiterruhe durchzuführen ist, dafür einzutreten

und ferner alsdann die am Tage stattfindenden Versammlungen sowie die am Abend vor sich gehenden allgemeinen Feierlichkeiten zu besuchen.

Um aber für die Zukunft eine wirkliche Demonstration herbeizuführen und allen Gefahren und Hindernissen seitens der Unternehmer bei einer Arbeitsruhe entgegenzutreten zu können, verspricht die Versammlung, zuvor für die Organisation aller Kameraden im Gewerbe Sorge zu tragen, denn ohne, oder durch nur schwache Organisation wäre jeder Versuch einer Arbeitsruhe von vornherein hinfällig.

Vorher hatte auch folgender Zusatzantrag Ostermann's einstimmige Annahme gefunden: „Beauftragte am 1. Mai eine selbstständige Versammlung einzuberufen und ten Vertrauensmann zu beauftragen, noch ein Flugblatt zur Ausgabe zu bringen, welches den internationalen Charakter der Märfester klarlegt.“

Dem Vertrauensmann wurde überlassen, Ort und Zeit der Versammlung so zu treffen, daß bei schwachem Besuch eventuell sich ein Anschluß an eine der von der Gewerkschaftskommission beschlossenen Versammlungen nach Industriegruppen noch ermöglicht. Die Berichterstattung des Delegierten zur Gewerkschaftskommission wurde vertagt. Als Referenten wählte die Versammlung Obst und Hinz. Peteril forderte zur unermüdbaren Agitation für die Arbeiterpresse, namentlich zum Abonnement auf den „Vorwärts“ auf. Fischer theilte mit, daß umher schwebende Gerüchte über Vorkünder beim Bau der Ausstellung in Treptow nach seinen Recherchen sich nicht bewahrheitet haben. Tamu appellierte an das Ehrgefühl der Kameraden, die Beschlüsse der Versammlungen im vorigen Sommer hochzuhalten und sich Mann für Mann dem Verein der Zimmerer Berlins anzuschließen. Einem drohenden Ausbruch des „Organisationsformstreits“ in neuer Auflage traten Kiderit und Fischer entschieden entgegen. Letzterer schloß die Versammlung kurzer Hand mit dem Bemerkte, daß er ersucht worden sei, noch mitzutheilen, daß die nächste Versammlung des Vereins der Zimmerer am 22. April stattfindet.

Die Freie Vereinigung der Blumen- und Pflanz- und Arbeiter hielt am 6. April ihre vierteljährliche Generalversammlung ab. Der zur Berlesung gelangte Kassenbericht weist einen Bestand auf von 8,75 M. Da es bei der geringen Anzahl der organisierten Berufsgenossen nicht mehr möglich ist, die für eine kräftige Agitation notwendigen Gelder aufzubringen, hatte Jäger den Antrag auf Auflösung des Vereins gestellt. Als jedoch nach kurzer Debatte ein Mitglied darauf aufmerksam machte, daß die Gewerkschaftskommission jetzt Agitationsversammlungen veranstaltet, wurde der Antrag zurückgezogen. Es findet deshalb die nächste Versammlung am 8. Mai bei Ehrenberg statt.

Der Fachverein der Musik-Instrumenten-Arbeiter hielt am 7. April bei Keller, Bergstraße 68, eine Mitglieder-Versammlung ab. Wegen des schwachen Besuches mußte der erste Punkt der Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kessler über „Gewerkschaftsorganisation“ von der Tagesordnung abgesehen werden. Zu Vereinsangelegenheiten ermahnte Kollege Schulz in längerer Ausführung die Anwesenden, auf die Kollegen, welche bis jetzt noch keiner Organisation angehören, dahin einzuwirken, daß sich dieselben einer Organisation anschließen. Ferner giebt der Vorsitzende bekannt, daß die Bibliothek im Norden geregelt ist und empfiehlt dieselbe den Mitgliedern zur Benutzung. Auch theilte der Vorsitzende mit, daß Kollege Erdmann als gemahregelt anerkannt worden sei. Zugleich giebt der Vorsitzende noch bekannt, daß das diesjährige Sommerfest am 18. Juni in der „Neuen Welt“ stattfindet.

In einer gutbesuchten öffentlichen Sattler-Versammlung, in welcher Kollege Scherbin über die Bedeutung des 1. Mai sprach, wurde beschlossen, daß sich die Sattler am 1. Mai früh um 9 Uhr bei Wienecke, Alte Jakobstr. 83, treffen, um von hier aus gemeinsam eine Versammlung zu besuchen. Nachmittags Ausflug nach Wilhelmshof. Treffpunkt daselbst zwischen 3 und 4 Uhr.

Für die Arbeiter in der Stearin-Fabrikation war am 9. April eine Versammlung einberufen, in der zu einer Begutachtung im Ministerium des Innern über die Durchführung der Sonntagsruhe in diesem Gewerbe zwei Arbeiter gewählt werden sollten. Das Referat hatte Genosse R. Schmidt übernommen. Leider war die Versammlung sehr schwach besucht, da die Zeit zur Einberufung und Vorbereitung der Versammlung zu kurz war. Es wäre deshalb zu wünschen, daß bei ähnlichen Anforderungen der betreffenden Organisation etwas früher die Mittheilung zugeht. Der Referent verbotete sich eingehend über den Werth der Sonntagsruhe für den Arbeiter. Bei einigem guten Willen müßte es auch in der Stearin-Fabrikation möglich sein, die Sonntagsruhe durchzuführen. Der Desillationsprozess könne wohl unterbrochen werden, womit auch die geradezu ungeheuerliche Praxis der 24stündigen Schichtdauer beim Wechsel überflüssig würde. Dem schließt sich in der Diskussion der Genosse Faber an. Tomal bemerkt, in der Fabrik wo er thätig, können nicht mehr Apparate aufgestellt werden, mithin müßte Sonntags gearbeitet werden. Volter ist der Meinung, daß wohl durch Vernehmung der Apparate eine Sonntagsruhe möglich ist. Aber ob es der Fabrikant will, das ist eine andere Frage. Ein anderer Redner bekämpft ebenfalls die Sonntagsruhe. In betreff der überaus traurigen Lohnverhältnisse, die in der Debatte gleichfalls besprochen, bemerkt ein Redner, daß allerdings bei dem Millionär Spielhagen so niedere Löhne gezahlt werden, wie sie kein anständiger Fabrikant in dieser Branche zahlen. Schüler und Knudt sprachen für die Sonntagsruhe. Jahn äußert sich dahin, daß vor 4 Jahren in der Stearin-Fabrikation eine Sonntagsruhe bestand; warum sollte denn heute keine Sonntagsruhe möglich sein? Nach Erledigung der sehr ausführlichen Diskussion wählte die Versammlung Giedius zum Delegierten. Ein zweiter Delegierter konnte nicht gewählt werden, da es an einer geeigneten Person fehlte.

Eine öffentliche Versammlung der Färber, Delateure, Appreteure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen tagte am 8. April bei Gränder, Adminderstr. 100. Der Referent, Stadtverordneter Genosse Th. Mehner, sprach in einem ausführlichen Vortrage über „Zweck und Nutzen der Gewerkschaften“. Im Wesentlichen bestätigte die Diskussion die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen, sowie der, vom Referenten ebenfalls mit in Betracht gezogenen politischen Vereinigungen. Im Uebrigen zeigte die theils recht erregte Debatte dieselben Erscheinungen, an der die meisten jungen Organisationen krankten, kleinliche Streitereien über ganz nebensächliche Dinge. Wiederholt und nicht ohne Erfolg bemühten sich der Vorsitzende, Kollege Bindig, Frau Müller, Textilarbeiter Masch und der Referent den übrigen Rednern klar zu machen, daß alle Arbeiter, gleichviel welcher Branche oder Gewerkschaft sie angehören, gemeinsam unter dem Drucke des Kapitals hängen und es somit aller Pflicht ist, bei jeder Vermeidung von Zwistigkeiten fest zusammen zu stehen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und verpflichtet sich, nach Kräften dahin zu wirken, daß die Organisation gefördert wird, um Schulter an Schulter dem Unternehmertum stark und mächtig entgegenzutreten.“

Als Delegierter der Gewerkschaftskommission wurde Kollege Bindig gewählt. Ueber die Frage des 1. Mai wurde ein Beschluß nicht gefaßt. Kollege Bindig schlug vor, jeder Kollege möge sich seinem Wahlverein anschließen. Einstimmig wurde beschlossen, die streitenden Wiener Kollegen zu unterstützen, und zu diesem Zweck schnellst möglich Sammellisten anfertigen zu lassen und in Umlauf zu setzen.

Die selbstständigen Kürschner und Mägenmacher hatten am 9. April eine öffentliche Versammlung. In derselben referirte

Stadtverordneter Mehner über Industriebetriebe und Handwerksbetriebe“ und kam dabei auch auf eine unter den selbstständigen Kürschnern verbreitete Petition betreffs des Alters- und Invalidengesetzes zu sprechen. Mehner zeigte, daß die in den Motiven der Petition geforderte Befreiung der Gewerbetreibenden und Einführung des Befähigungsnachweises neben das Ziel schießen, daß nur gemeinsame Befähigung des Kapitals eine dauernde Besserung der Verhältnisse herbeiführen kann. In der Diskussion sprachen sich zunächst die Kollegen Fischer, Thomsen und Barmel im Sinne des Referenten aus und forderten die Anwesenden auf, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen. Buchdrucker Kallmo und Schneider Volkman suchten die Versammlung nicht bloß zum Unterschreiben der erwähnten Petition zu überreden, in welcher dieselbe Handwerksmeister auf Abänderung des Alters- und Invaliditätsgesetzes antragen, sondern auch Anhänger für die Janung zu gewinnen. Beide Herren hatten bei der Versammlung wenig Glück mit ihren Darlegungen, deren Verlehrtheit die nachfolgenden Redner zeigten. Eine Resolution, in welcher die Anwesenden sich den Ausführungen des Referenten voll und ganz anschlossen, fand einstimmige Annahme.

Die Holzarbeiter (Tischler, Drechler, Bürstenmacher etc.) hielten am 9. April in den „Arminhallen“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Außer der Märfestertage sollte auch die zurückgestellte Tagesordnung der vorigen Versammlung, die Stellungnahme zur Gewerkschaftskommission betreffend, erledigt werden. Das Referat über die Bedeutung des 1. Mai hatte Genosse W. Pfanck übernommen, der auf den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse und der Parteitage fußend seinen interessanten Vortrag mit der Aufforderung schloß, die Märfester in demselben Geiste wie bisher zu begehen. Alle Vorbereitungen zur Demonstration seien in umfassendster Weise getroffen, jezt gelte es nur für jeden aufgellärten Arbeiter, sich daran zu betheiligen, damit sie impotent und wirkungslos werde. — Der brausende Beifall bewies das volle Einverständnis der Versammlung mit seinen Darlegungen. Die Diskussion zog sich bis gegen 1 Uhr hin und betheiligten sich natürlich auch einige „Anhänger der schärferen Tonart“ davon, die aber mit ihren sich häufig widersprechenden Ansichten nicht durchzubringen vermochten. Tischler Koblener begrüßte folgende Resolution: „In Erwägung, daß unter den derzeitigen schlechten Erwerbsverhältnissen ein allgemeines Aufheben der Arbeit am 1. Mai nicht durchführbar ist, beschließt die Versammlung: Ueberall dort, wo die Kollegen aus eigener Kraft feiern können, wird ihnen die Arbeitsruhe zur Pflicht gemacht. Der Vertrauensmann wird beauftragt, am 1. Mai Vormittags eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung einzuberufen, mit dem auf die Bedeutung des Tages bezüglichen Thema.“ — Willarg gab die Beschlüsse der letzten Versammlung der Gewerkschaftskommission in Angelegenheiten der Märfester bekannt und ersuchte um Annahme der vorstehenden Resolution mit der weiteren Aufforderung, sich auch zahlreich an den am Abend des 1. Mai arrangierten Feierlichkeiten der Partei zu betheiligen. Mit übergroßer Majorität fand schließlich vorstehende Resolution Annahme. In anbetragt der vorgerückten Zeit wurde der zweite Punkt der Tagesordnung zurückgestellt. Zum Schluß gab die Versammlung noch folgender Resolution ihre Zustimmung: „In anbetragt des wichtigen Kampfmittels, welches die Arbeiterschaft in ihrer Presse besitzt, ist es Pflicht eines jeden denkenden Kollegen, neben der Agitation für die Organisation auch das Abonnement für den „Vorwärts“ zu empfehlen.“

Eine öffentliche Versammlung von Schneidern und Schneiderinnen tagte, schwach besucht, am 9. April im Alten Schützenhause, Eichenstraße, zwecks Fortsetzung der in der letzten Versammlung abgebrochenen Debatte über das Thema: „Die schädlichen und die Händler etc.“. Die Versammlung war von Leuten, die sich wiederholt im gespreizten Tone „als Anarchisten“ bezeichneten, besucht und geleitet, was immerhin doch nicht als Entschädigung dafür dienen kann, daß sich die Redner mit den grössten Albernheiten unterhielten. Ueber das zur Verhandlung stehende Thema wurde gar nicht gesprochen, dafür gab es als Ersatz die unaggar plattesten Schimpferien auf die „freche, verulmpie“ Sozialdemokratie und Kraftausdrücke wie: „Besser den russischen Zar mit der Krone als die Herrschaft der Sozialdemokraten.“ und so fort. Der eigentliche Grund für dieses Schimpfentzen ist darin zu suchen, daß man einer dieser störrischen Gestalten etwas unanständig an sein Schanderegister in einer früheren Versammlung erinnerte. — Bei Besprechung der Märfester ganz dasselbe Bild, lange Tiraden und nachdem kein Beschluß, sondern um der „versuchten Majorität“ nicht Konzeffionen zu machen, ist der „Wunsch“ eines beliebigen Menschen, der den „Willen“ kundgab, den 1. Mai gemeinsam mit den Anarchisten zu feiern, bestimmend für den „Entschluß“ der Versammlung. Auf die nämliche geistliche Art wurde auch der Vertrauensmann Maßlich ermahnt. — Zur nächsten Versammlung wollen diese Helden die sozialdemokratische Fraktion und die „modernen kleinen Führer“ vor ihr Forum zitieren.

In die Wägler und Mäntelarbeiterinnen Berlin's war Einladung zu einer öffentlichen Versammlung ergangen, die am 9. d. M. im „Wedding-Park“ stattfand. Trotzdem ein sehr wichtiger Punkt auf der Tagesordnung stand, nämlich die Frage: „Wie verhalten sich die Wägler und Mäntelarbeiterinnen ihre Lohnauszahlung am Ende jeder Woche?“ war die Versammlung doch nur schwach besucht. Die schweblichen Verhältnisse in der Mäntelbranche fanden durch den Referenten Herrn Zihmann eine kurze aber treffende Beleuchtung. Während es sonst etwas Selbstverständliches sei, daß der Arbeiter am Schlusse der Woche, d. h. des Sonnabends, seinen verdienten Arbeitslohn ausbezahlt erhalte, so seien derartige Fälle in der Mäntelbranche mit der Letzteren zu suchen. In den meisten Fällen würde erst Montag Abends der Lohn ausgezahlt, in sehr vielen Fällen aber auch dann nicht einmal. Das das Lohnholen, besonders für Arbeiterinnen, vielfach mit großen körperlichen Gefahren verbunden sei, sei bekannt. Andere „Meister“ zahlten wieder erst vierzehntäglich, obgleich sie alle acht Tage vom Geschäftseid erhielten u. s. w. Redner wies auf die Verdrängung der Arbeiter hin, wenn dieselben so außer der Zeit ihren Lohn erhielten und kam zu dem Schlusse, daß darauf hingewirkt werden müsse, daß die Lohnzahlung des Sonnabends erfolge. Zu diesem Behufe wußte der Referent keinen besseren Rath zu ertheilen, als den, eine Deputation an die Vorstände der drei Meistervereinigungen: Damenmäntelschneider-Innung, Damenmäntel-Schneidermeister-Verein, und Verein „Nede“ zu entsenden, um dieselben zu bitten, doch zu ermöglichen, daß fortan sonnabendliche Lohnauszahlung erfolge. Nachdem in der Diskussion speziell die Arbeitsverhältnisse in der Mäntelfabrik von Stadthagen einer kleinen Erörterung unterzogen worden waren, erklärte sich die Versammlung mit dem Vorschlage des Referenten einverstanden und wählte in die Deputation die Herren Zihmann, Joffow, sowie Frau Noa.

Im Anschlusse hieran referirte wiederum Herr Zihmann über die „Organisation“ der Wägler. Dieselbe besteht aus einem Verein, der einen Arbeitsnachweis unterhält und damit verneint, alles gethan zu haben. Zum Ueberflusse hat sich am Wedding noch ein zweiter Wäglerverein gegründet und sollen im Osten und Südosten noch zwei weitere Vereine gegründet werden. Herr Zihmann stand auch hier auf dem Standpunkte, daß den Herren Meistern nicht etwa wehe gethan werden dürfe, daß man vielmehr mit diesen Hand in Hand gehen müsse, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen.

Eine öffentliche Agitationsversammlung für Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wurde am 10. April im „Königshof“, Bülowsstraße, abgehalten. Rassinii legte in seinem Vortrage über: „Die gewerbliche Lage, deren Ursachen und Folgen, und wie besser wir dieselbe?“ die Situation dar, wie sie sich im Buchdruckgewerbe seit dem letzten Streik im Jahre 1891 sehr zu ungunsten der Arbeiter gestaltet hat und welche Schwierigkeiten eine zielbewusste Organisation, der Buchdruckerverband, überwinden muß, um hier besser einzugreifen. Der erklärliche Widerstand der Prinzipale werde bewußt oder unbewußt gefährt durch die Agitation des „Gutenberg-Bundes“, einer Gehilfenorganisation, die die Tendenzen des Verbandes für „verkehrt“ erkläre, und in der Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmer ihr höchstes Ideal erblicke, was im wesentlichen auf die Billigung jeder Unternehmerrlaime hinauslaufe. Der Redner erinnert daran, daß die hiesigen organisierten Gehilfen (ca. 3000) innerhalb eines Vierteljahrs nicht weniger als 41 640 M. für Arbeitslosen-, Krankenunterstützung etc. aufgebracht haben, ein schöner Beweis für die Solidarität der Arbeiter, der es jedem nahelegen sollte, sich ebenfalls seinen kämpfenden Brüdern anzuschließen. In der sich diesem beifällig aufgenommenen Vortrag anschließenden Diskussion wurden die in verschiedenen Druckereien eingetretenen Mißstände einer regen Besprechung unterzogen, in der besonders die Unsitte der Ueberstunden und die bis ins Ungemessene gesteigerte Bezahlungsfüchtere von mehreren Rednern und Rednerinnen die herbe Kritik erfuhr. Die letzteren betagten sich auch über rigorose Behandlung und Lohnfözung seitens mehrerer Maschinenmeister. — Der laut gewordenen Ansicht, daß sich zwecks Förderung einer energischen Agitation Versammlungen der einzelnen Druckereien empfehlen lassen, traten Wachs und Rassinii aus tatsächlichen Gründen entgegen und forderten eben so wie Faber die Anwesenden auf, für guten Besuch der nachfolgenden Bezirksversammlungen, die den Beweis lieferten, daß es auch im graphischen Gewerbe vorwärts gebe, Sorge zu tragen. Die geplanten sechs weiteren Versammlungen vertheilen sich folgendermaßen: Donnerstag, den 12. April, Brochnow, Sebastianstraße; Freitag, den 13. April, „Südost“, Waldemarstraße; Montag, den 16. April, „Konfordia“, Andrastraße; Dienstag, den 17. April, „Königsstadt“, Schönhauser Allee; Donnerstag, den 19. April, Dange, Moabit, Stromstraße; und Freitag, den 20. April, Norddeutsche Brauerei, Chausseestraße.

Schöneberg. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt am 2. April seine regelmäßige Versammlung ab, in der Genosse Junker über „Vegetarismus und Sozialismus“ sprach. Die humanen und sanitären Gründe der Vegetarier für ihre Lebensweise müßten als berechtigt anerkannt werden. Es sei erwiesen, daß durch starken Fleischgenuss eine Anzahl langwieriger Krankheiten entstünde und auf das Gemüth veröbernd wirken. Die optimistischen Hoffnungen der Vegetarier, daß ihnen die Zukunft gebühre, wies der Redner zurück. An der Diskussion betheiligten sich mehrere Redner. Kohlmann stellte den Antrag, am 16. April eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, worauf er verlangt festzuhalten, welche Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins bei der Gemeinderaths-Wahl ihr Stimmrecht nicht ausgeübt haben. Beide Anträge wurden angenommen.

Rixdorf. In einer öffentlichen Versammlung, die hier am 5. April tagte, referirte Genosse Schwärze in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über die Arbeitsverhältnisse im Rutzberg-gewerbe. Redner bedauert, daß in anbetragt der großen Zahl der an hiesigen Ort wohnenden Rutzscher so wenige dem Verein angehören. Eine eingehende Kritik erfuhr die Verhältnisse bei dem Fuhrherrn Scheller. Der Lohn der Rutzscher beträgt hier 18—20 M., der der Mitsfahrer 15—18 M. Eine gewiß dürftige Bezahlung, besonders wenn man die ungesunde und elenderregende Beschäftigung des Müllabfahrens in betracht zieht. Mit der Aufforderung, sich der Vereinigung der Rutzscher anzuschließen, beendet Redner seinen Vortrag. Die Debatte bewegte sich im Sinne des Referats und gelangte hierauf eine Resolution zur Annahme, die ihr Einverständnis mit dem Referenten bekundet. Sodann wählte die Versammlung zum Delegierten der Gewerkschaftskommission den Kollegen Frisch. Die nächste Versammlung findet am 18. April bei Neße, Steinweg- und Jalsstraßen-Ecke statt.

Das Rixdorfer Gewerkschafts-Kartell beschäftigte sich in seiner Sitzung am 6. April mit der Stellungnahme zum 1. Mai. Textilarbeiter Schulz bemerkte in seinem einleitenden Referat, daß bereits eine Volksversammlung beschlossen habe, allen Arbeitern, die eine Maßregelung nicht zu befürchten haben, wird die Pflicht auferlegt, am 1. Mai zu feiern. Zu diesem Zweck findet um 8 Uhr Vormittags eine Versammlung statt, deren Teilnehmer sich dann bei schönem Wetter zu einem Ausflug vereinigen. Am Abend wird sodann ein Kommerz veranstaltet. Diefem Beschluß trat die Versammlung bei, nachdem sich alle Redner in der Diskussion für denselben ausgesprochen hatten. Hilfsarbeiter Lieben stellt den Antrag, die öffentlichen Gewerkschafts-Versammlungen müssen vom Ausschusse des Gewerkschafts-Kartells einberufen werden. Man will damit vermeiden, daß an einem Abend mehrere Versammlungen tagen. Die Versammlung stimmt dem zu. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 13 Delegierten; es fehlen die Vertreter der Maler und der Holzbearbeitungsmaschinen-Branche. Die Versammlungen sollen künftig um 8 1/2 Uhr eröffnet werden. Anträgen sind zu richten an den Vorsitzenden des Ausschusses Albert Schulz, Berlinerstr. 132, II.

Reinickendorf. In einer Versammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereins, die am 8. April tagte, wurde nach längerer Debatte beschlossen, daß die Vereinigung nicht mehr die Kosten für den Gesangschor Liedertafel trägt. Die Sänger erklärten sich damit einverstanden, die Kosten selbst zu tragen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Abonnent Luckenwalde. Wenn Sie nicht infolge der Krankheit entlassen worden sind, so muß der Arbeitgeber, sobald Sie sich wieder gesund melden, Sie weiter beschäftigen oder mindestens mit 14tägiger Frist kündigen. Ohne weiteres löst Krankheit das Arbeitsverhältnis nicht auf.

A. Sp. 150. Jawohl.

Otto 94. Die Aufforderung des hiesigen Gewerbegerichts geht dahin, daß die vorbehaltlose Annahme des Lohnes und das Unterschreiben des Protokolls dem Arbeiter den Anspruch auf die 14tägige Entschädigung entzieht. Sie können daher nichts machen.

Jensen. Es bedarf bei Ihrer Sache einer eingehenden Besprechung. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt.

A. S. 49. Zahlen Sie die 50 M. unter Vorbehalt der Rückforderung und klagen Sie dann auf Rückzahlung.

W. V. Sie brauchen an Kontrollversammlungen nicht theilzunehmen.

Alter Abonnent. Sie müssen dem Hauswirth oder Verwalter ebenfalls den Eintritt gestatten.

S. 2. Wenn der Wirth beweisen kann, daß er die Gäste aufgefordert hat, die Gäste aber trotz ernstlicher Aufforderung nicht gegangen sind, so wird er freigesprochen werden und mag auf richterliche Entscheidung antragen.

K. 10. Warm empfinden, doch haben wir für Gedichte keine Verwendung.

S. 3. Wir senden regelmäßig Nichtexemplare. Es liegt ja auch in unserem Interesse, daß die öffentlichen Bibliotheken unsere Literatur sammeln und den Interessenten zur Verfügung stellen. Die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sind § 30 Absatz 3 des Reichs-Preßgesetzes und § 6 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851.